Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 220. Donnerstag, den 19. September 1912. 19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die Kriegsgefahr.

Von Parvus.

Die größte Gefahr für den Frieden besteht nicht dann, wenn das größte Kriegsgeschrei herrscht, sondern wenn die politische Situation sich in einer Weise zuspitzt, daß die Regierungen, die ja noch immer, selbst im parlamentarischen Europa, allein über Krieg und Frieden zu entscheiden haben, keinen Ausweg mehr aus der verwickelten Situation finden und zum Opfer ihres eigenen diplomatischen Intriguenspiels werden. Die Anzeichen mehren sich, daß die europäische Diplomatie auf dem Balkan bereits an diesen Punkt gelangt ist.

Der italienisch-türkische Krieg könnte jahrelang dauern, ohne den europäischen Frieden zu gefährden, wenn er auf Tripolitanien und Benghazi beschränkt geblieben wäre. Daß die Großmächte sich außer Stand gezeigt hatten, Italien vor dem Angriff auf die Dardanellen und der Okkupation der Inseln zurückzuhalten, das hat die Situation radikal verändert. Für die Türkei war das eine gewaltige Erschütterung, für die übrigen Balkanstaaten eine Ermunterung zu einer aggressiven Politik.

Die durch die Politik des Komitees verbreitete innere politische Krisis und Militärrevolte wurde durch den Angriff auf die Dardanellen und die Okkupation der Inseln beschleunigt und zur Explosion gebracht. Der mit dieser Bewegung zusammenhängende albanesische Aufstand, bei dem der österreichische Einfluß unverkennbar ist, hat erst recht zur Schwächung des türkischen Staats beigetragen und dadurch den kriegerischen Strömungen in den Donaustaaten Wind in die Segel gegeben.

Unter diesen Umständen hat auch der Vorschlag Berchtold genau das Gegenteil von dem bewirkt, was seine offizielle Absicht war. Man sah darin den Versuch Österreichs, sich vor den anderen Mächten vorzudrängen und zum eigentlichen Beschützer Albaniens aufzuwerfen. Bulgarien besonders wurde beunruhigt, und die öffentliche Agitation für den Krieg, die dort seit Jahr und Tag betrieben wird, hat jetzt bereits alle Grenzen überschritten. Man darf diese Bewegung nicht unterschätzen. Nach allem, was man hier aus dem nahen Bulgarien erfährt, hat sie die Massen ergriffen und einflußreiche Persönlichkeiten an ihre Spitze gebracht. Und ich habe den bestimmten Eindruck, daß sie von Rußland im geheimen gefördert wird, obwohl die russiche Diplomatie öffentlich zur Beruhigung mahnt.

Indessen nehmen die inneren Wirren in der Türkei immer schärfere Formen an. Im Jemen wird ein regelrechter Krieg gegen Seid Idriß geführt, der über Kanonen verfügt und seinen Truppen eine militärische Leitung gegeben hat. Nach Vermutung der türkischen Kommandeure sind es italienische Offiziere, die Seid Idriß beistehen.

In Mazedonien hat die Bandenbewegung nunmehr tatsächlich sehr große Dimensionen angenommen. Soeben kommt wieder die Nachricht von einer Bombenexplosion, der über 40 Menschen zum Opfer fielen.

In Armenien sieht es bös aus. Ich habe schon wiederholt darauf verwiesen, daß der Sturz des jungtürkischen Komitees und die Amnestie der verbannten Anhänger Abdul Hamids von den Kurdenchefs als die Rückkehr zum alten Regime aufgefaßt wurden. Wie weit das ging, illustriert die kuriose Tatsache, daß viele Kurden die unter dem neuen Regime geprägten Münzen an die Geldwechsler zurückbrachten, weil sie glaubten, daß diese Münzen mit der neuen Aufschrift: „Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit“ jetzt nicht mehr gelten. Die administrative Politik des neuen Kabinetts hat sie in dieser Auffassung erst recht bestärkt. Denn seine erste Tat war, die von den Jungtürken eingesetzten Valis, die den Armeniern mehr oder weniger freundlich gesinnt waren, durch neue zu ersetzen.

So wurden in Erzerum der durch seine Reformtätigkeit und edle Gesinnung bekannte Vali Mehmed Emin zurückgerufen und durch Neschid Pascha, einen Mann des alten Regimes, ersetzt.

Im Vilayet Bitlis wurde Ali Pascha zum Vali gemacht, ein Tscherkesse, der durch zwei Handlungen bekannt ist: durch die blutige Unterdrückung des armenischen Aufstandes in Sassun 1896 und durch vergebliche Bemühungen, mit dem Räuber Tschakirdschali fertig zu werden, in den letzten Jahren.

Im Vilayet Van wurde an Stelle von Ismail Pascha, eines Mannes, der als indifferent galt, Izzet Bey zum Vali gemacht — ein Kurde, der mit dem berüchtigten kurdischen Strauchritter Abdul-Kader verwandt ist und von diesem protegiert wird.

Kein Wunder, daß unter diesen Umständen die Räubereien und Gewalttätigkeiten in Armenien rasch um sich greifen. Charakteristisch ist dabei, daß an der Spitze dieser Bandenbewegung Leute stehen, die schon früher die blutigen armenischen Massakres organisiert hatten. So im Vilayet Bitlis Mussa Bey, von Alters her als Bandenführer bekannt, desgleichen Kassim Bey, Far-ho, Körslo, der übrigens einen Polizeiposten bekleidet. Im Vilayet Van: Said, Mir-mihe, Mam-he und der berüchtigte Stamm der Gerasli. Während aber diese Kurdenchefs früher nur an der Spitze von je 6 oder 7 Personen standen, verfügen sie jetzt bereits über Banden von 50 bis 60 Mann.

Das sind sehr ernste Sachen. Begreiflich, daß sich der armenischen Bevölkerung eine große Unruhe bemächtigt hat. Man sucht nach Mitteln des Widerstandes, und es dürfte niemanden überraschen, wenn sich wieder armenische Banden bilden.

Nun ist aber noch zu beachten, daß die Kurdenchefs in sehr nahen Beziehungen zu den russischen Gesandtschaften und Konsulaten stehen und zum Teil direkt im russischen Sold.

Man wird unter diesen Umständen sich der Erkenntnis nicht verschließen können, daß auch von hier aus die Kriegsgefahr droht.

Die Wahlrechtskämpfe in Ungarn.

Der kleine Belagerungszustand in Budapest.

Die so stürmisch verlaufene erste Sitzung des Reichstages nach den Sommerferien dauerte am Dienstag bis 10 Uhr abends. Als es der Regierung nicht gelang, die Verhandlungen einzuleiten, da die Opposition dies durch Lärmen verhinderte, schritt sie zum gewaltsamen Eingriff. 120 Polizisten erschienen im Sitzungssaal, um die oppositionellen Abgeordneten zu entfernen. Doch dieses Aufgebot von Polizei war zu schwach, um zum Ziel zu kommen, und so erschien ein weiterer Trupp Polizisten im Saal. Nach furchtbaren Szenen gelang es abends gegen 8 Uhr die gesamte Opposition aus dem Saale zu entfernen. Sodann begannen die Verhandlungen, die bis 10 Uhr abends fortgeführt wurden.

Mittwoch vormittag hatten sich die oppositionellen Abgeordneten bereits vor Beginn der Reichstagssitzung in den Saal begeben. Als der Handelsminister und der Landesverteidigungsminister im Saal erschienen und ihre Plätze einnahmen, wurden sie von der Opposition mit Schimpfworten wie Gauner, Diebe, begrüßt. Der Handelsminister erhob sich und ging zur Opposition hinüber. Sofort packten ihn einige Abgeordnete, warfen ihn zur Erde und schlugen ihn blutig. Darauf kam Polizeimacht, und unter heftigem Widerstand wurde wieder die gesamte Opposition aus dem Saale entfernt. Sodann wurde über den Bericht des Immunitätsausschusses verhandelt. Nach diesem Bericht werden 50 Abgeordnete für die nächsten 30 Sitzungstage und 10 Abgeordnete für die nächsten 15 Sitzungstage ausgeschlossen. Hierauf wurden die Wahlen der Delegationsmitglieder vorgenommen. Es wurden vierzig ordentliche Delegationsmitglieder und zehn Ersatzmänner gewählt; sie gehören sämtlich der nationalen Arbeitspartei an, nur fünf sind Kroaten, die jedoch auch der Regierungspartei angehören. Um ½1 Uhr mittags vertagte sich der Reichstag auf unbestimmte Zeit.

Weitere uns telegraphisch zugegangene Meldungen aus Budapest vom 18. September besagen:

Die Situation ist sehr kritisch. Der Kultusminister soll bereits seine Demission eingereicht haben. Wie aus bestimmten eingeweihten Kreisen berichtet wird, beschäftigt sich auch Minister Lukacs mit dem Gedanken, die unhaltbare politische Situation durch seine Abdankung zu beendigen.

Die heutigen Organe der sozialdemokratischen Partei bringen an erster Stelle einen Aufruf an das gesamte Volk in Ungarn.

In Budapest wird die Arbeiterschaft durch Flugblätter aufgefordert, heute abend auf der Straße zu erscheinen, um der Regierung durch Demonstrationen zu beweisen, daß auch die Arbeiterschaft auf Seite der Opposition steht. Es werden riesige Demonstrationen erwartet. Trotzdem zu der Budapester Garnison noch verschiedene Regimenter aus der Provinz eintrafen und die Gendarmerie in den Arbeitervierteln konzentriert ist, will die Arbeiterschaft heute der Regierung zeigen, daß sie auch der Waffengewalt zu trotzen vermag. Es wird ein Blutbad befürchtet.

Polizei und Regierung haben die energischsten Maßregeln getroffen. Aus der Provinz kam die Gendarmerie zu Fuß und zu Pferde. Die ganze Garnison steht bereit und der Oberstadthauptmann von Budapest plazierte an sämtlichen Straßenecken einen Aufruf. Zuerst benachrichtigt er in dem Anschlag das Publikum, daß „einige Aufwiegler der sozialdemokratischen Partei“ die Arbeiterschaft zu einer Demonstration für den Abend aufgerufen haben. In Anbetracht dessen verbiete er jedwede Ansammlung und sei bereit, eine solche mit Gewaltmaßregeln zu unterdrücken. Um 8 Uhr abends müssen sämtliche Haustore geschlossen sein und dürfen die Hausmeister fremden Personen weder Eintritt gestatten, noch [illegible] usbewohner hinauslassen. Die Meister und Kauf[illegible] werden bei Strafe aufgefordert, ihre Angestellten und Lehrlinge des Abends zu Hause zu behalten. Sämtliche Schankwirtschaften müssen auf polizeilichen Befehl geschlossen gehalten werden und sämtliche öffentlichen Geschäfte dürfen nach 7 Uhr abends nicht mehr betrieben werden. Am Schluß bemerkt der Oberstadthauptmann, daß er seinen Polizisten den Befehl erteilt habe, bei der geringsten Demonstration von den Schußwaffen Gebrauch zu machen. Dieses Plakat verursachte gerade die gegenteilige Wirkung. Der Oberstadthauptmann glaubte, der Arbeiterschaft damit Furcht einzujagen, und gerade das Plakat entfesselte die Begeisterung und den Enthusiasmus der Arbeiter aufs höchste. Die Arbeiterschaft wird trotz dieses Plakates auf den Straßen erscheinen, um dadurch zu dokumentieren, daß sie mit der Opposition gemeinsam gegen die Regierung zu Werke gehen will.

Bemerkenswert ist in dem Plakat des Oberstadthauptmanns von Budapest noch der Satz, daß die Maßregeln, die er zur Aufrechterhaltung der Ordnung ergreift, nicht nur für den heutigen Abend, sondern auch für alle folgenden Tage Geltung haben sollen. Es ist demzufolge in Budapest der kleine Belagerungszustand erklärt.

Die Parteileitung tagt in Permanenz; es werden für den Abend Anstalten getroffen, daß die Arbeiterschaft sich nicht aufs Geratewohl den Bajonetten und Mannlichergewehren aussetzt. Jedoch ist die Arbeiterschaft derart begeistert, daß an ein Zurückdrängen nicht mehr zu denken ist.

Die heutige Nummer des Parteiorgans in Budapest wurde konfisziert; jedoch fand man kein Exemplar mehr vor. Der Aufruf, den die sozialdemokratische Partei auf den Straßen verteilen ließ, wurde ebenfalls konfisziert; auch diese Konfiskation kam zu spät, da bereits sämtliche Aufrufe verteilt waren.

Die Opposition hält heute abend eine Sitzung ab. Da die nächsten Sitzungen des ungarischen Reichstages wegen der gemeinsamen Ausgaben in Wien abgehalten werden, beabsichtigt die Opposition, nach Wien zu fahren und dort die Skandale fortzusetzen. Sie glaubt, da in Wien der Beratungssaal der ungarischen Delegation ungarischer Boden ist, daß die Wiener Polizei dort keine Macht über die Budapester Abgeordneten hat.

Ministerpräsident Lukacs wurde nach Wien delegiert und ist mit dem Schnellzuge dahin gefahren. — Der Unterrichtsminister soll mit dem Ministerpräsidenten wegen der Ereignisse im Parlament in Konflikt geraten sein und fährt ebenfalls nach Wien, um dem König seine Demission einzureichen.

Die Teuerung.

In Berlin hatte Oberbürgermeister Wermuth am Mittwoch eine Konferenz von Vertretern der Gemeinden Groß-Berlins anberaumt. Es waren erschienen Vertreter der Städte Berlin, Charlottenburg, Wilmersdorf, Neukölln, Lichtenberg, sowie der Gemeinden Treptow, Pankow, Reinickendorf, Tegel, Steglitz, Friedenau usw. Allseitig wurde der Wunsch ausgedrückt, die Verkäufe von Seefischen noch weiter auszudehnen. Nach längerer Beratung wurde beschlossen, eine gemeinsame Eingabe an den Bundesrat zu richten wegen der Erleichterung der Einfuhr von gefrorenem Fleisch. Ferner wurde beschlossen, Einrichtungen in Groß-Berlin zu treffen, um die Einfuhr von Gefrierfleisch in großen Mengen zu ermöglichen. Außerdem wurde angeregt, den An- und Verkauf von Seefischen gemeinsam zu veranstalten, um dadurch den Verkauf noch weiter ausdehnen zu können.

In Düsseldorf wurde von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen, bei der Reichsregierung auf Erleichterung der Vieh- und Fleischeinfuhr vorstellig zu werden. Außerdem sollen Seefischverkäufe eingerichtet und Maßnahmen getroffen werden, um auf eine Verbilligung der Fleischpreise einzuwirken. Zu diesem Zwecke wurde der Stadtverwaltung ein Kredit bis zu 50 000 Mark gewährt.

In Köln a. Rh. nahm eine Versammlung von Metzgermeistern zur Fleischteuerung Stellung. Der Obermeister der Kölner Innung wies nach, daß die Statistiken der Regierung und der Gemeindebehörden irreführend seien. Bei der Stückzahl der geschlachteten Tiere würde stets außer Acht gelassen, daß das Gewicht bei Ochsen wie bei Schweinen sich gegen früher um 25 Prozent vermindert habe. Die Versammlung fordert billige Futtermittelversorgung und vermehrte und erleichterte Einfuhr von Zucht- und Schlachtvieh, sowie Ermäßigung der Viehzöl-

— Es hat den Anschein, als beabsichtigten die Kölner Schlächtermeister, die gemäß einem Beschlusse ihrer Innung den Verkauf des von der städtischen Verwaltung beschafften dänischen Fleisches zugesagt haben, Obstruktion zu treiben, denn am Tage vor dem Verkauf hatten sich nur sehr wenig Metzgermeister zur Abgabe des Fleisches gemeldet.

Der preußische Landwirtschaftsminister hat einer Meldung des „B. T." zufolge den Regierungspräsidenten von Posen ermächtigt, die Bewilligung zur Einfuhr von Schlachtvieh und Schlachtschafen aus Oesterreich-Ungarn zur alsbaldigen Abschlachtung im Schlachthause widerruflich zu erteilen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Konservativen gegen Bethmann-Hollweg.

Die „Deutsche Tageszeitung" bringt in einem Leitartikel zum Ausdruck: „Jede Regierungspolitik muß feste Ziele haben, wenn sie nicht der unter allen Umständen bedenklichen Ziellosigkeit verfallen will. Nur die Regierung kann wirklich Vertrauen wecken, die weiß, was sie will, und die wenigstens eine gewisse Klarheit darüber schafft, daß sie das weiß. Wir können nicht verschweigen, daß in den rechtsstehenden Kreisen das Vertrauen zum Kanzler, das ihm zuerst fast allenthalben entgegengebracht wurde, schwankend zu werden und nachzulassen beginnt."

Die Konservativen haben dem Reichskanzler die grausame Abrechnung nicht vergessen, die er mit ihnen und ihrem Führer Heydebrand vorgenommen hat. Es war am 10. November 1911, als im Reichstag die von den Konservativen besonders betriebene Hetze gegen England aus Anlaß der Marokko-Affäre besprochen wurde. Der Reichskanzler machte damals dem Abg. v. Heydebrand den Vorwurf, daß er seine eigene Regierung vor der ganzen Welt geschmäht habe. Bethmann-Hollweg fuhr dann fort:

„Meine Herren, ich muß es weiter bedauern, daß in diesem Hause über unsere Beziehungen zu einem fremden Staate, mit dem wir in normalen Beziehungen stehen, in einem Tone gesprochen ist, der vielleicht in Wahlversammlungen nützlich (Sehr gut! links), aber der in einem seiner Verantwortung bewußten Parlamente nicht üblich ist (Beifall links). Wenn ich im Bewußtsein meiner Verantwortung abgewogene Worte über die Reden fremder Staatsmänner spreche, so kann und soll dies zu einer Klärung unserer internationalen Beziehungen führen. Leidenschaftliche und alles Maß übersteigende Worte, wie die des Herrn v. Heydebrand (Sehr richtig! links — Hört, hört!) mögen Parteiinteressen dienen, — das Deutsche Reich schädigen sie. (Lebhafter Beifall und Hört, hört! links und bei den Sozialdemokraten.) . . . .

Meine Herren, es sind Kräfte — auch das muß ich offen aussprechen —, es sind dabei überall Kräfte im Spiele gewesen, die mehr mit den bevorstehenden Wahlen als mit Marokko und dem Kongo zu tun haben. (Sehr richtig! in der Mitte und links.) Das muß einmal offen ausgesprochen werden. (Sehr gut! links.) Aber, meine Herren, wenn es so dargestellt worden ist in den Zeitungen und in der Presse, als ob unser Vaterland Not litte, als ob wir vor dem Zusammenbruch als Nation ständen, so ist das nicht in den Tatsachen begründet. Um utopischer Eroberungspläne und um Parteizwecke willen aber die nationalen Leidenschaften bis zur Siedehitze zu bringen, das heißt den Patriotismus kompromittieren und ein wertvolles Gut vergeuden. (Lebhafter Beifall links und in der Mitte, vereinzelter Beifall bei der Reichspartei.)"

Die „Konservative Korrespondenz" brachte dann eine partei-offiziöse Erklärung, der folgender Passus entnommen sei:

„Was die konservative Partei anlangt, so hat ihr Redner an dem Abkommen selbst nur eine das Maß des sachlich Zulässigen mit keinem Worte überschreitende Kritik geübt. Sie empfindet es als eine schwere Kränkung, wenn ihr vorgeworfen wird, sie habe eine nationale Angelegenheit zum Anlaß eines wahltaktischen Manövers benutzt. Nach ihrer Vergangenheit sollte die konservative Partei gegen solche Vorwürfe geschützt sein."

Es war vorauszusehen, daß die Konservativen diese Kennzeichnung von dem Reichskanzler nicht ungeühnt hinnehmen werden, und daß sie nur auf eine Gelegenheit warten, um Herrn v. Bethmann-Hollweg einen Beweis ihrer Macht zu geben. Die gegenwärtige Zeit scheint den Herren um Heydebrand dazu besonders geeignet zu sein, und deshalb darf man in den Auslassungen des agrarischen Blattes jedenfalls einen ersten Anlauf zu einer Kraftprobe erblicken.

Provokation der Schwarzburg-Rudolstädter Volksvertretung.

Der ehemalige preußische Landrat und Junker, Freiherr v. d. Recke, der jetzt den Schwarzburg-Rudolstädter Ministersessel ziert, hat den Landtag auseinandergejagt. Grundlos! Nach einer fünfstündigen, äußerst sachlichen und ruhigen Debatte über den Etat nahm der Staatsminister v. d. Recke das Wort, kanzelte die Abgeordneten in einer Art und Weise ab, wie es eben nur von einem preußischen Junker erwartet werden kann und erklärte den Landtag für vertagt. Das Dekret, das vom Fürsten ausgehen muß, hatte er schon bei Beginn der Sitzung in der Tasche. Nachdem sich die sozialdemokratische Mehrheit des Landtages dahin ausgesprochen hatte, für den Etat unter gewissen Bedingungen zu stimmen, auch die bürgerlichen Abgeordneten mit den sozialdemokratischen Anträgen einverstanden waren, kam es zum Bruch. Besonders wohl deshalb, weil das viel besprochene Teuerungszulagengesetz für die Beamten einstimmig abgelehnt worden wäre. Die Regierung will ein neues Beamtenbesoldungsgesetz unterbreiten, über das der Landtag bei seinem nächsten Zusammentritt zuerst entscheiden soll. In der Zwischenzeit sollen sich die Abgeordneten beruhigen, wie der Minister höhnisch bemerkte. Es ist eben ausgeschlossen, daß eine sozialdemokratische Mehrheit, und wenn sie noch so viel Entgegenkommen zeigt, mit einer reaktionären Regierung zusammenarbeiten kann. Alle Redner gaben ihrer Freude Ausdruck, daß bis jetzt in allen Fragen Einmütigkeit herrsche; auch in den schwierigen Fragen sei eine Einigung möglich, wenn alle drei Seiten Entgegenkommen zeigten. Besonders waren es die bürgerlichen Redner, die den Frieden priesen, es solle aber auch die Regierung nachgeben. Die sozialdemokratische Fraktion hatte ihre Forderungen auf ein Minimum beschränkt. Sie verlangte ein neues Steuergesetz, durch das die unteren Stufen entlastet und die oberen etwas schärfer zur Steuer herangezogen werden sollen. Bei dem jetzigen Steuergesetz wird selbst das niedrigste Einkommen nicht steuerfrei. Weiter wird gefordert ein neues Volksschulgesetz, Bau eines neuen Landkrankenhauses, Angliederung der Forstarbeiter, die jetzt höchstens wöchentlich 6,60 Mark Krankengeld aus der Betriebskrankenkasse erhalten, an die Ortskrankenkassen, eine neue Bauordnung, Einrichtung von Arbeiterausschüssen für die Staatsbetriebe, Anstellung von Assistenten bei der Gewerbeinspektion, Errichtung eines Gewerbe- und Industriemuseums, Einführung einer Vermögenssteuer, dafür Abbau der Realsteuer, Aufhebung des Chausseegeldes, und Trennung der Kirche vom Staat. Gewiß Forderungen, für die vielfach auch die bürgerlichen Abgeordneten eintreten können und wollten.

Die Vertagung wird verständlicherweise deshalb auch von den bürgerlichen Abgeordneten als Brüskierung betrachtet. Gerade in deren Reihen rechnete man mit einem friedlichen Ausgleich und gab sich selbst die größte Mühe, Entgegenkommen zu zeigen, und das Entgegenkommen der anderen Seite anzuerkennen. Die überraschende Vertagung zertrümmert nun den mühsam begonnenen Ausgleich, und die Regierung wird die Verantwortung dafür zu tragen haben, wenn sich im Volke der Widerstand gegen ihre Politik in ungeahnter Weise verschärft.

Konflikte in Deutsch-Südwestafrika.

Aus Windhuk wird der „Kol. Korr." unterm 17. September gemeldet: Simon Kopper hat mit zahlreichen in der Kalahari gesammelten bewaffneten Banden die Ostgrenze von Deutsch-Südwestafrika überschritten. Seine Leute brandschatzen die Gegend und fügen dem Viehstand der dortigen Farmer großen Schaden zu. Das Kommando der Schutztruppe hat zwei Kompagnien ausrücken lassen, die dem Bandenführer ein abermaliges Entkommen auf englisches Gebiet unmöglich machen sollen.

Nach einem amtlichen Telegramm aus Südwestafrika ist am 2. September von dem in Arahoab stationierten Zuge Kirchheim der Kaiserlichen Schutztruppe südlich Go bei Tamas eine zu Jagdzwecken über die deutsche Grenze herübergekommene Eingeborenenbande gefangen genommen worden, nachdem sie eine deutsche Buschmannswerft bei Gaus am kleinen Nosobflusse überfallen hatte. Die Bande bestand aus acht Kopperleuten, zwei Bakalahanileuten, einem Betschuanen und einem Kaffernbastard. Bei der Gefangennahme wurde ein Koppermann erschossen; die Gefangenen, denen zwei deutsche und sieben englische Gewehre abgenommen wurden, sind in das Bezirksamtsgefängnis in Gibeon abgeführt worden. Wegen der Beteiligung von Kopperleuten ist das Gouvernement mit dem benachbarten High Commissioner in Verbindung getreten. Dieser hat gedrahtet, daß sich, soweit ihm bekannt, bei Simon Kopper nichts verändert habe, und wird durch die Polizei nähere Feststellungen vornehmen lassen. Irgend ein Grund zur Beunruhigung liegt nach dem amtlichen Berichte nicht vor.

Reaktionärer Sturm im Hessenlande.

Die Bestätigung des sozialdemokratischen Beigeordneten für Offenbach, Eisnert, durch den Großherzog von Hessen erregt im Hessenlande die Gemüter unserer Staatserhaltenden heftig und dürfte in den nächsten Tagen einen Widerhall auch in reaktionären Kreisen Norddeutschlands finden. Bei der ersten Bestätigung Eisnerts als Offenbacher unbesoldeter Beigeordneter durch den Großherzog, die im Jahre 1906 erfolgte, veranstalteten zunächst außerhessische Reaktionäre einen „patriotischen" Entrüstungsrummel, dem sich schleunigst die vereinigten hessischen Nationalliberalen, Klerikalen und Antisemiten anschlossen, mit dem Erfolg, daß das hessische Ministerium, das die Bestätigung Eisnerts dem Großherzog empfohlen hatte, seine Demission einreichte und als diese abgelehnt wurde, im Landtage de- und wehmütig versicherte, keinen Sozialdemokraten mehr bestätigen zu wollen. Dieses Versprechen haben die hessischen Machthaber in den nun folgenden sechs Jahren peinlich genau gehalten und auch die schärfste Brandmarkung der damit geübten Verfassungsverletzung brachte die Regierung von ihrer Dienstwilligkeit gegenüber den reaktionären Mehrheitsparteien im Landtage nicht ab. Noch vor einem Jahre erklärte der gegenwärtige Minister des Innern — der sich selbst als Geschäftsträger der herrschenden Parteien bezeichnet hatte — daß, solange er auf seinem Posten stehe, nie ein Sozialdemokrat bestätigt werde! Woher nun die plötzliche Sinnesänderung? Daß Genosse Eisnert auch nach dem Urteile seiner ärgsten politischen Gegner sein Amt musterhaft geführt hatte und bei seiner Wiederwahl nicht nur die sozialdemokratischen, sondern auch die fortschrittlichen Stadtverordneten für ihn stimmten, während die übrigen gegnerischen Stadtverordneten sich der Stimmen enthielten, tatsächlich also keine einzige bürgerliche Stimme gegen Eisnert abgegeben wurde, machte es der Regierung sehr schwer, diesmal zur Nichtbestätigung zu schreiten. Dazu kommt, daß wie in den anderen großen Städten Hessens auch in Offenbach der Großherzog selbst das Bestätigungsrecht ausübt, während in allen anderen Orten dies Recht den Kreis(Land)räten zusteht. Eine Nichtbestätigung des allgemein angesehenen Mannes und tadellosen Beamten durch den Großherzog wäre selbst in bürgerlichen Kreisen als eine schwere Ungerechtigkeit angesehen worden und hätte den Landesherrn in der Presse, in Versammlungen und im Landtage selbst schärfster Kritik ausgesetzt. So entschloß sich also das Ministerium trotz der vorherigen großen Worte, diesmal eine Ausnahme zu machen und dem Großherzog die Bestätigung Eisners zu empfehlen. Gewisse Auslassungen in hessischen Zentrumsblättern lassen darauf schließen, daß das erst geschehen ist, nachdem man sich im Ministerium darüber mit den Zentrumsführern verständigt hatte. Man suchte sich in offiziösen Erklärungen damit zu decken, daß Eisnert schon einmal und zwar von einem früheren Ministerium bestätigt worden sei, daß eine wiederholte Bestätigung etwas anderes sei, als eine neue und daß man neugewählte Beigeordnete auch fürderhin nicht bestätigen werde. Die Nationalliberalen von der Couleur des Freiherrn v. Heyl-Worms wüten über diese Inkonsequenz der Regierung und führen ganz zutreffend aus, daß wenn die Regierung den „gefährlichen" Agitator Eisnert bestätige, der mittlerweile auch als sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter der Regierung schärfste Opposition mache, das Budget ablehne 2c., sie auch die weniger gefährlichen sozialdemokratischen Beigeordneten aus den kleinen hessischen Orten bestätigen könne und müsse. Die entrüsteten Patrioten verweigern daher in ihrer Presse der schwächlichen inkonsequenten Regierung jedes weitere Vertrauen, insbesondere für die von dieser im Landtage so bestimmt betonten „schärfste Bekämpfung des Umsturzes". Im Landtage dürfte es daher noch zu harten Kämpfen kommen, in denen die Regierung wegen ihrer scheinbaren Inkonsequenz und Unsicherheit einen schweren Stand haben wird. Zu einem großartigen Protestrummel wie im Jahre 1906 aber wird es diesmal kaum kommen, vor allem deshalb nicht, weil das Zentrum keine Lust zu haben scheint, den Offenbacher Nationalliberalen, die sich neuerdings recht radikal und antiklerikal gebärden, die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Jedenfalls macht das Bestätigungsrecht den hessischen Machthabern jetzt viel mehr Schmerzen und Schwierigkeiten, als den Sozialdemokraten, gegen die es sich richten soll.

Holland.

Der „Rote Dienstag". Der zweite Rote Dienstag in Holland, der am 17. September, dem Tage der Kammereröffnung, arrangiert war, ist außerordentlich imposant verlaufen. Morgens um 10 Uhr schon trafen die ersten Extrazüge aus den verschiedenen Landesteilen im Haag ein, und nun folgten die Züge ununterbrochen bis 11½ Uhr. Die aus Amsterdam, Rotterdam, aus Utecht und Arnheim, aus Norden, Süden, Osten und Westen anrückenden Massen zählten nach Tausenden. Und das, trotzdem viele Arbeitgeber im Lande ihren Arbeitern verboten hatten, nach dem Haag zu gehen. Die Massen sammelten sich mit ihren nach Tausenden zählenden Bannern und Fahnen von Gewerkschaften, Genossenschaften und den sozialdemokratischen Vereinen auf einem großen Feld in der Nähe der Stadt. Der Genosse Vliegen, Vorsitzender des S. D. Parteivorstandes, eröffnete das von ungefähr 30 000 Teilnehmern besuchte Riesenmeeting. Er wies mit Stolz darauf hin, daß die kleinliche Haltung des Bürgermeisters der Stadt Haag, der die Manifestation verboten hatte, nur die Wirkung gehabt habe, daß noch größere Massen zum Kampf aufgerüttelt worden seien. Vom Ausland und von zahllosen Vereinen in Holland waren Sympathietelegramme eingelaufen, darunter auch solche von mehreren Militärgruppen, die zur „Übung" eingezogen waren und daher an der Demonstration nicht teilnehmen konnten. Von zehn Tribünen sprachen die Redner zu den Massen in leidenschaftlichen Worten und wiesen auf den Ernst und den revolutionären Charakter des Wahlrechtskampfes hin. Dann zogen zehn große Gruppen, jede unter Führung eines Parteivorstandsmitgliedes und mit einer bestimmten Route nach dem Innern der Stadt, wo gerade die Hofleute von der Kammerzeremonie heimkehrten. Der Plan ging dahin, daß die vielen Tausende sich auf dem „Binnenhof", einem Platz, der von Kammer- und Regierungsgebäuden umgeben ist, sammeln sollten. Doch als die Demonstranten dort ankamen, waren alle Zugänge zum Binnenhof vom Militär abgeschlossen. Sie zogen dann, nachdem sie hin und her getrieben worden waren, nach dem „Byperberg", einer breiten Allee, die durch ein breites Wasser von den Kammergebäuden geschieden ist. Dort fand die Riesendemonstration, nachdem noch der Genosse Troelstra einige kräftige Worte an die Masse gerichtet hatte, ihr Ende. Ein donnerndes Hoch auf das allgemeine Wahlrecht schloß die Versammlung. In der Thronrede, die von der Königin bei der Kammereröffnung verlesen wurde, ist gesagt worden, daß noch in diesem Jahr die Wahlrechtsanträge, zugleich mit den Konstitutionsänderungen, der Kammer vorgelegt werden sollen. Hat man es jetzt auf einmal eilig?

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 19. September.

Die Reservisten.

Letzter Manövertag! Ungeheure Truppenmassen wälzen sich einander entgegen zum letzten, entscheidenden Gefecht. Man sieht es den Mannschaften wie den Pferden an, daß die Anstrengungen der letzten Tage ganz besonders große waren. Keine Ruhe bei Tag und Nacht. Vom Morgengrauen bis zum späten Abend werden mit kriegsmäßigem Gepäck auf nassen Wegen und über glitschige Aecker hinweg schier endlose Märsche gemacht. Nachts kommt der größte Teil der Mannschaften in den Alarmquartieren und Biwacks auch nicht recht zur Ruhe. An ein Trocknen der vom tagelangen Regen durchnäßten Kleider und Stiefel ist kaum noch zu denken. Ein anhaltender Rheumatismus wird auch in späteren Jahren noch manchen wackeren Krieger an die naßkalten Manövertage des Jahres 1912 erinnern. Vorläufig denkt daran keiner. Mit Freuden wird das ersehnte Signal „Das Ganze Halt!" aufgenommen, zum letzten Male werden die Gewehre in Pyramiden zusammengestellt, und während die Kompagnieväter zur Kritik reiten, schallen die frohen Reservelieder der Mannschaften über das Manöverfeld.

Für die zum Manöver eingezogenen Reservisten und fast für die Hälfte aller aktiven Mannschaften folgt dem Ende des Manövers alsbald der Uebergang in das Zivildasein. Reserve hat Ruh! Ruhe vor dem Feldwebel und dem Korporal; aber an die Stelle der militärischen Sorgen tritt nun wieder der ernste Kampf ums Dasein. Während der zweijährigen Dienstzeit kann sich vieles verändert haben. Nicht jeder Reservist findet dort wieder Lohn und Brot, wo er vor seiner Militärzeit tätig gewesen ist.

Ein großer Teil der Entlassenen hat auch gar nicht das Bestreben, wieder in seinen früheren Wirkungskreis einzutreten. Besonders die vom platten Lande Gekommenen, die während der beiden Militärjahre Gelegenheit hatten, städtisches Leben kennen zu lernen, und wohl auch in der Garnison zarte Beziehungen angeknüpft haben, fühlen wenig Neigung, wieder in das Heimatdorf zurückzukehren.

Von den etwa 250 000 Mann, die in diesen Tagen den Waffenrock mit dem schlichten Kleide des Bürgers vertauschen, strömt der größte Teil zunächst zum städtischen Arbeitsmarkte. In den Großstädten ist deshalb für die nächsten Wochen wieder mit einer recht unerwünschten Verstärkung des Angebots von Arbeitskräften zu rechnen. Die vom platten Lande kommenden Arbeiter sind um so schwerer unterzubringen, als sie meistens zur ohnehin schon überfüllten Gruppe der Ungelernten gehören.

Es ist nicht zu leugnen, daß gerade die der ländlichen Bevölkerung entstammenden Reservisten gegenwärtig äußerst schwer Arbeit finden werden. Der Arbeiterbedarf der Landwirtschaft flaut im Monat September gewöhnlich schon sehr stark ab. Die durch den Abgang von jungen Leuten zum Militär frei werdenden Stellen können noch nicht besetzt werden, da die Rekruten erst Ende Oktober eingezogen werden. Außerdem zeigt sich auch in der Landwirtschaft wegen der herrschenden Teuerung immer mehr das Bestreben, mit möglichst wenig Arbeitskräften auszukommen. Schließlich erscheinen die Arbeiterverhältnisse in der Landwirtschaft auch den jungen Leuten, die sich während ihrer Dienstzeit in den Städten etwas umgesehen haben, nicht mehr sonderlich verlockend.

Der Landarbeiter muß noch ohne ersichtlichen Grund auf vieles verzichten, was dem städtischen Arbeiter ganz selbstverständlich zugebilligt wird. Man darf nicht übersehen, daß bei der Landflucht gerade das Streben nach vollkommener persönlicher Freiheit einen der wichtigsten Gründe bildet. So lange der ländliche Grundbesitz noch glaubt, an den veralteten patriarchalischen Grundsätzen festhalten zu müssen, wird sich die Leutenot auf dem Lande nicht vermindern.

Um dem Einfluß entgegenzuwirken, den die militärische Dienstzeit auf die Abwanderung nach den Städten ausübt, hat man in den letzten Jahren bei vielen Truppenteilen landwirtschaftlichen Unterricht eingeführt. Solche Mittel, die das Übel nicht an der Wurzel treffen, haben wenig Aussicht auf Erfolg. Meistens begegnet auch dieser Unterricht bei den Mannschaften schon deshalb geringer Teilnahme, weil er in der dienstfreien Zeit abgehalten wurde.

Der Militarismus, der die großstädtischen Rekruten in die kleinen Garnisonen steckt und die Landarbeiter in die großen Städte, er sorgt mit dafür, daß die jungen Leute der heimatlichen Scholle entfremdet werden. Wer einmal gesehen hat, wie es in der Stadt zugeht, und Vergleiche anstellt mit dem Sklavenleben auf dem Lande, der sehnt sich selten zurück.

Unter den Hunderttausenden, die jetzt den Waffenrock ausziehen, gibt es viele, die bereits vorher gewerkschaftlich und politisch organisiert waren. Es ist selbstverständlich, daß sie sofort wieder den Zusammenschluß mit ihren Kollegen und Klassengenossen aufsuchen. Gerade die gegenwärtige unerhörte Teuerung sagt es allen jungen Männern deutlicher als alles andere, was sie zu tun haben. Nicht einen Augenblick werden sie zögern, den Weg in ihre Organisation einzuschlagen, die ihnen gerade jetzt, beim Wiedereintritt ins Leben und Kämpfen, am meisten helfen kann.

Und wer bis jetzt zu den gleichgültigen gehörte, zu denen, die auf dem Lande wohnten und noch ganz fern vom Ringen und segensreichen Schaffen der gewerkschaftlichen Verbände und politischen Vereine gehört haben, der säume nicht, recht bald ihnen beizutreten. Der Kampf ums Dasein verschärft sich von Tag zu Tag. Jeder Bissen ist verteuert und versteuert im Übermaß. Ihr Reservisten alle, in den zwei oder drei Jahren des Militärdienstes habt Ihr gelernt, was Organisation heißt, was vereinte Kräfte vermögen. Auch die Organisationen der Arbeiter, des notleidenden Volkes, sind stark und mächtig, wenn alle in ihren Reihen stehen, die zum Kampfe verpflichtet sind! Der „Parole Heimat" folge darum der freudige Ruf: Hinein in die Organisationen!

Ein Steinwurf aus dem Glashause. Die Amtstante in der Königstraße hat wieder einmal das Bedürfnis gehabt, sich als Zionswächterin über die sozialdemokratische Presse aufzuspielen, deren ständig wachsende Abonnentenzahl ihr — weil sie selbst an Abonnentenschwund leidet — ein Dorn im Auge ist. Diesmal versucht das „Organ für das kaufkräftige Publikum" die Arbeit der sozialdemokratischen Redakteure in den Kot zu ziehen und herabzusetzen. In der Mittwochnummer brachte sie unter der Stichmarke „Wie die sozialdemokratische Presse arbeitet" einen aus dem Zusammenhang gerissenen Auszug aus einem Artikel des Chemnitzer Parteiblattes, in dem die Feuilleton-, sozialstatistischen, gewerkschaftlichen und Lokalartikel-Korrespondenzen als ein Krebsschaden bezeichnet [illegible] wodurch die Parteipresse verödet und schablonisiert [illegible] Daß in den Redaktionen der Provinzparteiblätter [illegible] Mangel an Mitteln die Zahl der Redakteure eine beschränkte sein muß und diese aus dem Grunde überlastet sind, was der Artikler der „Chemnitzer Volksstimme" zugibt, verschweigt die Amtsblattnotiz aus leicht begreiflichen Gründen. Darüber sind wir allerdings nicht erstaunt. Überrascht hat uns nur die Dreistigkeit — um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen — die Notiz in einem Blatte zu finden, das fast keine Zeile eigener Arbeit enthält, das von Anfang bis Ende aus den Erzeugnissen der Reichsverbands-, agrarischen und nationalliberalen Korrespondenzen besteht. Und was das Beste an der Begeiferungsnotiz des widerlichen Preßreptils ist: Die Notiz selbst ist nicht eigene Arbeit der Redaktion, sondern sie entstammt ebenfalls einer Korrespondenz, die in Dutzenden von Kreisblättern zu finden ist. Es ist also offenkundig, daß in den Amtsblattredaktionen die Federn eingerosten und nur Kleistertopf und Schere das Handwerkszeug des akademisch gebildeten Redakteurs ausmachen. Auf sie trifft es zu, daß der Metteur in der Lage ist, das Setzen und die Unterbringung der Korrespondenzen anzuordnen. Uns wundert nur, wie ein so zusammengeschnittenes und -gestümpertes Blatt wie die „Lübschen Anzeigen", in denen die eigene Arbeit gleich Null ist, den stolzen Titel „Amtsblatt der freien und Hansestadt Lübeck" führen kann. Es wird allerhöchste Zeit diesem Waschzettel den Charakter des Amtsblattes zu entziehen.

Der Bürgerausschuß erteilte gestern folgenden Senatsanträgen seine Mitgenehmigung: daß das Finanzdepartement ermächtigt werde, das Angebot des Kaufmanns Johannes Georg Luhmann vom 3. September 1912, betreffend den Verkauf eines an der südöstlichen Grenze des Grundstücks Schützenstraße 20 belegenen, 1 Meter breiten Landstreifens zum Preise von 25 Mk. für das Quadratmeter anzunehmen; an den Landmann Johann-Joachim Schlichting zu Genin das freie Eigentum an 23 Ar 50 Quadratmeter großen Grundstücken gegen Zahlung eines Kaufpreises von 400 Mk. und Abtretung einer Parzelle zu übertragen, an den Halbhufner Johannes Heinrich Christian Brügmann zu Nusse das im Eigentum des lübeckischen Staates stehende, unter Artikel 31 der Mutterrolle des Gemeindebezirks Nusse eingetragene, 49 Ar 20 Quadratmeter große Grundstück für den bar zu zahlenden Kaufpreis von 250 Mk. zu freiem Eigentum zu überlassen, daß für das Gelände der Firma Hiby u. Co. an der Schönböckener Straße, das auf dem vorgelegten Lageplan des Baudirektors Baltzer vom 5. Mai 1911 mit den Buchstaben A B C D bezeichnet ist, die geschlossene Bauweise mit der Maßgabe vorgeschrieben werde, . . . daß die Höhe der auf dem Gelände zu errichtenden Gebäude auf Erdgeschoß und zwei Obergeschosse beschränkt wird, sowie, daß für etwa im Dachgeschoß anzulegende Räume die im § 56,3 der Bauordnung festgelegten Vorschriften Geltung behalten; daß der Baudeputation zur Durchführung des im Entwurf vorgelegten, mit der Firma H. G. Rahtgens über die Drucklegung der 5000teiligen Karte von Lübeck und Umgebung zu schließenden Vertrages der Betrag von 3000 Mk. aus Abschnitt XIX des Staatsbudgets für das Rechnungsjahr 1912 zur Verfügung gestellt werde; daß der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten für die Aufstellung eines Milchkochkessels auf dem Schlachthofe der Betrag von 1200 Mk. aus den Überschüssen der Quarantäneanstalt bewilligt werde; daß der Baudeputation für eine Blitzableiteranlage auf dem Ritzerauer Forsthause der Betrag von 594,05 Mark aus dem Abschnitt XIX der Ausgabenseite des Voranschlages für das Rechnungsjahr 1912 und zur Neudeckung des durch Hagelschlag zerstörten Pappdaches der Feldscheune auf dem Stadtgute Niendorf der Betrag von 1250 Mk., soweit erforderlich und Rechnungsablage vorbehalten, aus Abschnitt XIX des Voranschlages für das Rechnungsjahr 1912 zur Verfügung gestellt werde. — Den Hinterbliebenen des Lehrers Oskar Meyer wurde eine Hinterbliebenenrente und der Schulwärterin Freitag eine Altersunterstützung gewährt. Mehrere Anträge wurden zurückgestellt.

Abgelehnt. Die Bürgerschaft hatte zwei Anträge Heinsohn und Meyborg dem Bürgerausschuß überwiesen. Der erstere besagt, die Bürgerschaft ersucht den Senat zu prüfen, ob nicht der Zeitpunkt gekommen ist, nunmehr Pflichtfortbildungsschulen auch für die weiblichen gewerblichen Lehrlinge einzuführen, während der zweite eine einheitliche Regelung des Gehaltes der lübschen Zollbeamten wünscht. Der Bürgerausschuß lehnte es ab, diese Anträge dem Senat entgegenzubringen. Damit hat er wieder einmal seine Rückständigkeit bewiesen.

Flickwerk. Auf der Straßenbahnstrecke Marli-Bahnhof soll demnächst der Fünf-Minuten-Verkehr eingeführt werden. Zu diesem Zwecke sollen die Weichen auf dem Hüxterdam und Moltkeplatz verlängert werden. Ob ein zweites Gleis vom Moltkeplatz bis zur Kaserne kommt, steht noch nicht fest. Wir halten ein solches Verfahren für durchaus unzweckmäßig und unzureichend. Wollte man hier etwas Gutes schaffen, dann mußte man von der Hüxstraße ab bis zur Kaserne den zweigleisigen Ausbau der Bahn vornehmen. Bei diesem Flickwerk wird den berechtigten Klagen der Fahrgäste über den unregelmäßigen Betrieb auch nicht abgeholfen.

Vom Krematorium. Den Einbau eines zweiten Verbrennungsofens und Anlage einer Heizung in der Halle fordert der Senat in einer Vorlage. Kostenpunkt 12 070 Mk. Der Bürgerausschuß vertagte gestern die Beratung.

Zur Wahl der Schöffen und zur Aufstellung der Vorschlagslisten der Geschworenen wird ein Ausschuß gebildet, zu dem der Bürgerausschuß sieben Beisitzer zu wählen hat. Letzterer hat gestern die Beisitzer nominiert; unter ihnen befindet sich auch der Genosse Hoff.

pb. **Wo ist der Hund?** Am 15. d. M. vormittags ist ein Teckelhund, auf den Namen „Puck" hörend, abhanden gekommen. Der Hund hat schwarzes Fell mit braunen Flecken. Es wird vermutet, daß ihn jemand an sich gelockt hat.

Neues Stadt-Theater. Aus der Kanzlei des Stadt-Theaters wird geschrieben: Mit der heutigen Aufführung von „Figaros Hochzeit" von Mozart wird der diesjährige Opernspielplan eröffnet. In diesem graziösen Werke haben folgende neuengagierte Mitglieder unserer Bühne Gelegenheit sich dem hiesigen Publikum vorzustellen und zwar: Fräulein Elfriede Overhoff als Susanne, Frl. Hedwig Wolter als Bärbchen, Herr Herry de Garmo als Graf Almaviva, Herr Max Aschner als Bartolo und Herr Konrad Lehmann als Antonio.

Moisling. Einen außerordentlich guten Besuch wies die öffentliche Protestversammlung gegen die Teuerung auf, die Dienstag abend hier stattfand. Besonders zeigten die Frauen durch ihr zahlreiches Erscheinen, wie gerade sie am härtesten die Not der Zeit empfinden. Genosse Schlomer zeigte in seinem Referat Umfang und Gründe der Teuerung und geißelte die Erbarmungslosigkeit unserer von den Agrariern beherrschten Reichsregierung. Lebhafte Zustimmung fand besonders die Kennzeichnung der volksfeindlichen Haltung des „Bürgermeisters" Tegtmeyer bei Beratung der Teuerungsanträge; trotz allen zur Schau getragenen Biedermeiersinns wird er nun keine Moislinger Arbeiter über seine wahre Gesinnung mehr täuschen. Die Debatte ergänzte den Vortrag durch lebendige Bilder aus dem täglichen Leben. Dann kam die Eingemeindung zur Sprache. Wenn man auch zugeben mußte, daß sie unausbleiblich sei und einige Vorteile wenigstens in Aussicht stelle, so befürchtete man, daß mindestens in der Übergangszeit die Lasten höher als die Vorteile sein würden. Besonders war die Versammlung unzufrieden damit, daß mit der Erhöhung der Schullasten keine Besserung des Schulwesens verbunden sein und daß die kirchlichen Verhältnisse und die hohe Kirchensteuer unverändert bleiben soll. Auch daß kein Bureau für Melde- und Polizeiwesen in Moisling eingerichtet werden soll, wurde sehr getadelt.

Rückniß. Die Protestversammlung gegen die Teuerung, die am Mittwoch abend im Saale des Herrn Dieckelmann stattfand, war recht gut besucht. Genosse Bromme fesselte durch sein Referat die Teilnehmer von der ersten bis zur letzten Minute. In seinen Ausführungen kritisierte Redner auch die am letzten Montag durch die Bürgerschaft erfolgte teilweise Ablehnung des Antrages Stelling. Damit habe sich die Mehrheit der lübschen Volksvertretung wieder einmal rückständig und über die Lage der Arbeiterschaft schlecht informiert gezeigt. Auch mit dem Amtsblatt ging Redner scharf ins Gericht. Dieses führte in einem Artikel der letzten Woche die Teuerung auf die erhöhte Goldgewinnung zurück, weil durch sie eine Entwertung des Geldes eingetreten sei. Mit dieser Behauptung wurde dem Publikum Sand in die Augen gestreut. Der Beweis wurde erbracht, daß in der Schweiz und Frankreich Rind- und Kalbfleisch um die Hälfte billiger sei als diesseits der Grenze. Langanhaltender Beifall belohnte die Ausführungen des Referenten. Hierauf wurde eine Protestresolution einstimmig angenommen, in der sich die Anwesenden auch verpflichteten, ihre nicht in der Versammlung erschienenen Bekannten entsprechend aufzuklären.

Schwartau. Die Sprechstunde des Arbeitersekretariats findet morgen, Freitag, den 20. September, abends von 5 bis 8 Uhr im Lokale des Herrn Pinkert „Gasthof Transvaal„ statt.

Schwartau. Der Sozialdemokratische Verein Schwartau-Rensefeld hält am Freitag, dem 20. ds. Mts. abends 8½ Uhr im Gasthof „Transvaal" in Schwartau seine Mitglieder-Versammlung ab. Die Tagesordnung ist eine wichtige; u. a. steht ein Vortrag über proletarische Freidenker-Bewegung auf der Tagesordnung. Es ist wohl auf eine gutbesuchte Versammlung zu rechnen.

Hamburg. Senatorwahl. Gestern wurde von der Bürgerschaft Dr. Max Schramm zum Senator gewählt. Er erhielt 111, sein Gegner Dr. Schön 29 Stimmen.

Neumünster. Der „Fall Wolff" vor den Städtischen Kollegien. Eine streng vertrauliche Sitzung der Städtischen Kollegien beschäftigte sich am 13. September mit den Vorgängen, die die Suspendierung des Oberlehrers Wolff zur Folge hatten. Bekanntlich wurde Wolff vom Amte suspendiert, weil er am Sedantage vor den Schülern und Lehrern eine Rede gehalten hat, die derart das Mißfallen der Hurra-Patrioten erregte, daß er sofort vom Amte suspendiert wurde und jetzt ein hochnotpeinliches Disziplinarverfahren über sich ergehen lassen muß. Der Leiter der höheren Lehranstalten, Direktor Dr. Schmitt, erläuterte in seinem Sinne die Vorgänge, die zur Suspendierung des Oberlehrers geführt haben. Nach der bürgerlichen Presse kommt hauptsächlich in Betracht, daß Wolff das Vortragsmanuskript abgeändert dem Direktor übergeben habe. Es sei nicht die Rede gewesen, die vor 24 Jahren an einer anderen Anstalt gehalten worden sei. Das patriotische Empfinden der Zuhörer sei empfindlich verletzt worden. In Gegenwart von Amtskollegen habe Wolff die Änderungen vorgenommen. Daraufhin haben die Städtischen Kollegien beschlossen, die Amtsentsetzung beim Minister zu beantragen. Der freisinnige „Holsteinische Courier" verschweigt, daß die sozialdemokratischen Vertreter beantragten, die Öffentlichkeit bei den Verhandlungen wieder herzustellen; er verschweigt, daß die sozialdemokratischen Vertreter gegen den Antrag gestimmt haben. Es wird weiter verschwiegen, daß es zum Teil, wenn nicht in der Hauptsache, politische Gründe sind, die zu der Hetze führten, und daß dieses Vorkommnis nur die willkommene Gelegenheit war, dem Verhaßten eins auszuwischen. Daß Wolff Nationalpole ist, wurde betont und weiter darauf hingewiesen, daß es ihm wohl gelingen werde, unter solchen Umständen auch ein anderes Amt zu erhalten. Wolff und seine Freunde machten nicht die Schlepper bei Wahlen für die liberalen Größen, er hielt oftmals mit seiner Meinung nicht hinter dem Berge, und dies mußte gerochen werden. Das ist des Pudels Kern! Direktor Schmitt sagte, er stelle Zweifel in die Befähigung Wolffs zu seinem Amt, in einzelnen Fächern sei Wolff allerdings tüchtig. Man habe nicht richtige Auskunft aus Posen erhalten, wo Wolff früher war. Auch sei das Benehmen desselben nicht einwandfrei. Dann wurden Familienverhältnisse angedeutet, etwas Positives konnte nicht vorgebracht werden, man berief sich auf Stadtklatsch. Das patriotische Ehrgefühl der ganzen Bürgerschaft sei schwer von Wolff verletzt worden, Das genügte den freisinnigen Stadtvätern, um den Beamten aus Lohn und Brot zu jagen. Wahrlich, tiefer kann der Liberalismus wirklich nicht sinken.

Neumünster. Schweres Unglück. Am offenen Herdfeuer in der Waschküche gerieten die Kleider des 17jährigen Dienstmädchens Minna Haacks in Flammen. Die Unglückliche wurde dabei so schwer verletzt, daß der Tod jeden Augenblick eintreten kann.

Kiel. Empfindliche Strafe für eine Messerstecherei. Der Matrose Gast von der 4. Kompagnie der 1. Matrosendivision hatte in der Nacht zum 12. August einen Schreiber Schulz bei einer Schlägerei mit einem Messer bearbeitet und ihm 11 Messerstiche beigebracht. Ein Stich hatte die Wirbelsäule fast ganz durchschnitten. Schulz wurde schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht, wo er 27 Tage vollständig gelähmt lag und dann an den Folgen der Verletzungen starb. Das Kriegsgericht der 1. Marine-Inspektion in Kiel hat jetzt den Messerhelden zu vier Jahren Gefängnis verurteilt.

Geesthacht. Infolge einer Explosion in dem Versuchslaboratorium der Pulverfabrik Duneberg wurde der Arbeiter Schmidt aus Geesthacht schwer im Gesicht verletzt. Der Verunglückte wurde sofort in einem Automobil nach Hamburg ins Krankenhaus geschafft.

Geestemünde. Auch eine Folge der Fleischnot. Zu der letzten Auktion, die im Geestemünder Fischereihafen abgehalten wurde, war u. a. auch ein Menschenhai im Gewichte von etwa 130 Pfund angebracht worden. Während der sonst übliche Preis für das Fleisch dieses Fisches sich auf höchstens 6 Pfg. pro Pfund beläuft, wurden gestern nicht weniger als 23½ Pfg. pro Pfund gezahlt. Der Hai wird in letzter Zeit vielfach zu Räucherwaren verwendet und gelangt teilweise unter der verlockenden Marke „Seelachs" in den Handel.

Oldenburg. Vom elektrischen Strom getötet. Ein jugendlicher Arbeiter, der in der elektrischen Zentrale im Schwarzenmoor bei Damme Koffer in den Schaltraum tragen mußte, kam einem mit 10 000 Volt gespannten Leitungsdraht zu nahe und war augenblicklich tot. Die Hände waren verkohlt.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. Gestern abend wurde bei kleinen Preisen Schönherrs „Glaube und Heimat" gegeben. Man hätte eigentlich annehmen müssen, daß diese ergreifende Tragödie ein zahlreiches Publikum finden würde, als es gestern der Fall war. Das Theater war, insbesondere auf den besseren Plätzen, nur mäßig besetzt. Die Darsteller gingen gestern vollständig in dem Stück auf. Den markigen, an seiner Überzeugung festhaltenden Bauer Rott gab Herr Brunow in ausgezeichneter Weise; ihm sekundierten die Damen Laudien als Rottin und Hueppeden als sein Sohn Spatz meisterhaft. Die Herren Heydecker als Bauer Sandperger, Hoß als Reiter des Kaisers und Schweisguth als protziger Englbauer schufen lebenswahre Gestalten. Die übrigen Rollen lagen gleichfalls in guten Händen.

Aus der Partei.

Wie die Wiener Staatsanwaltschaft die Fleischteuerung bekämpft. Unser Wiener Parteiblatt, die „Arbeiterzeitung", die sich in letzter Zeit besonderer Aufmerksamkeit der Staatsanwaltschaft erfreut, ist am Dienstag wieder konfisziert worden und zwar wegen eines Leitartikels über die Fleischteuerung, der an die Demonstrationen vom 17. September des Vorjahres erinnert. Das beste Mittel, um die Erregung der Volksmassen noch zu steigern

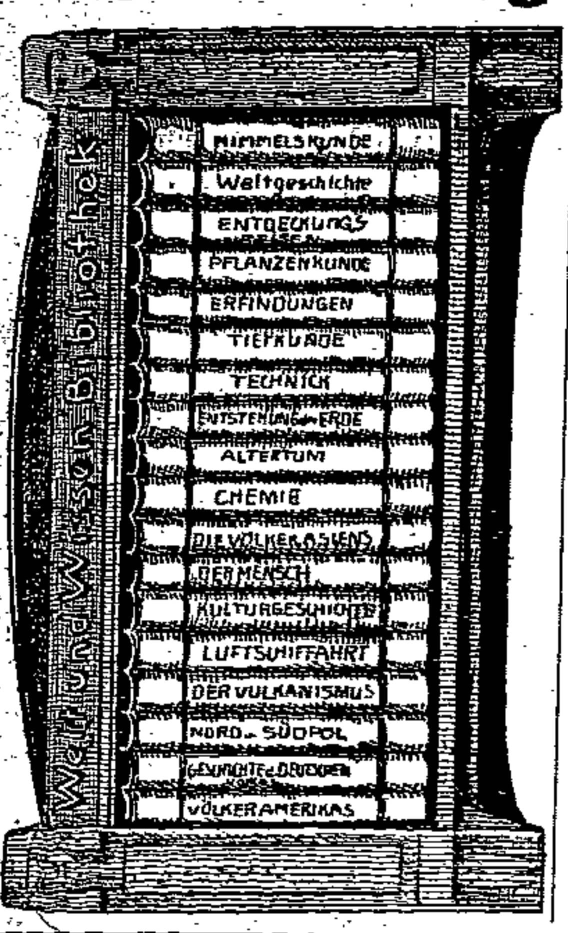
---

Aus dem Gerichtssaal.

Verurteilter Landgerichtsrat. Nach fünftägiger Verhandlung wurde vom Landgericht Dresden am Mittwoch der Landgerichtsrat a. D. Dr. Snell wegen Kreditbetruges zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt. 6 Monate der Untersuchungshaft gelten als verbüßt. Außerdem wurde ihm die Bekleidung öffentlicher Ämter auf 3 Jahre aberkannt. Das Gericht ist der Meinung, daß Snell von vornherein wußte, daß er seine Schulden am Fälligkeitstage nicht werde bezahlen können. Er mußte auch damit rechnen, daß er schon zweimal aus dem Staatsdienste entlassen war und seine Gläubiger vollkommen leer ausgehen würden.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Höchstwichtige Mitteilung für alle Leser des „Lübecker Volksboten“.



Unseren Lesern teilen wir hierdurch ergebenst mit, daß wir von jetzt ab eine reich illustrierte Wochenschrift unter dem Titel „Welt und Wissen“ herausgeben und hierdurch ein Blatt geschaffen haben, welches sowohl den ernsten Gelehrten wie auch den Mann aus dem Volke voll befriedigen wird. Die Ausstattung ist eine erstklassige. Zahlreiche gewählte Abbildungen werden das geschriebene Wort ergänzen. Die Namen der Mitarbeiter — nur allererste Fachleute — sind jedem gebildeten Deutschen bekannt.

Um nun zu ermöglichen, daß alle unsere Abonnenten darauf abonnieren können, haben wir die kleine Entschädigung, die wir notwendig haben müssen, äußerst niedrig gestellt, und zwar auf nur 15 Pfg. für ein 24 Seiten starkes Heft.

Jedes Heft enthält 10—20 Artikel, von denen wir als Beispiel einige anführen:

Der Mensch in der Pfahlbauzeit. — Wenn die Erde erzittert. — Gesundheit und Schönheit. — Der Wille und dessen Gymnastik. — Das Leben unter Wasser. — Fernphotographie. — Liebe und Ehe bei den Naturvölkern. — Der Mensch und die Geisterwelt. — Flüssige Luft. — Einfluß der Lebensweise auf das Menschenalter. — Verschwundene Städte in der Sahara. — Die Zukunft der Elektrizität im Haushalt. — Mein Aquarium. — Unser Sonnensystem. — Das heutige Erbrecht usw. usw.

Um unser Ziel zu erreichen, daß „Welt und Wissen“ von jedem Gebildeten abonniert wird, liefern wir an Abonnenten von „Welt und Wissen“ eine große illustrierte

Hand- und Hausbibliothek vollständig gratis,

und zwar sind folgende Werke in Aussicht genommen, von denen zu jedem Jahrgang resp. 52 Heftlieferungen 3 kompl. Werke geliefert werden:

Illustrierte Geschichte des Deutschen Volkes.
Illustrierte Weltgeschichte.
Die Entstehung der Erde.
Illustrierte Himmelskunde.
Illustrierte Kulturgeschichte des Deutschen Volkes.
Denkwürdige Entdeckungsreisen.
Denkwürdige Erfindungen.
Illustrierte Tierkunde.
Illustrierte Pflanzenkunde.
Illustriertes Buch der Technik.
Entdeckungsreisen nach dem Nord- und Südpol.
Entdeckungsreisen im schwarzen Erdteil.
Illustriertes Buch der Chemie.
Der Vulkanismus.
Die Luftschiffahrt und der Aeroplan.
Der Bau des menschlichen Körpers.
Die Völker Asiens.
Die Völker Afrikas.
Die Völker Amerikas.
Illustrierte Geschichte des Altertums.

Bestellschein für die Abonnenten des „Lübecker Volksboten“.

Herren

Fr. Meyer & Co.
Lübeck.

Unterzeichneter abonniert hierdurch auf

„Welt und Wissen“.
52 Hefte à 15 Pfg.

Name: ....

Ort: ....

Straße: ....

Institut für Elektro- u. Mechano-Therapie.

Naturheilanstalt.

Friedrich-Wilhelmstr. 1. Lübeck Fernsprecher 3142.

Aerztliche Leitung. Prospekt gratis. (3132

Sargmagazin C. Weiß

Schwartauer Allee 193

übernimmt **Erd- und Feuerbestattungen,** sowie **Ueberführungen.**
Großes Lager von **Särgen, Wäsche usw.**
:-: bei billigster Berechnung :-: (3011

Der Neue-Welt-Kalender für 1913

ist erschienen und seines reichhaltigen und guten Inhaltes wegen jedem unserer Leser sehr zu empfehlen.

Preis 40 Pfg.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Neu-Lauerhof.

Heute Donnerstag:
Großer Reservisten-Abschieds-Ball
Anfang 6 Uhr. (3421) **Eintritt frei.**

Fackenburger Liedertafel.

Am 17. September verstarb unser Mitglied

Fr. Dittmer.

Ehre seinem Andenken.

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 20. Septbr., nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause Ravensbusch 107 statt.

3414a) **Der Vorstand.**

Ein Zeitungsausträger für Schönböcken u. Steinrade
zum 1. Oktober gesucht.
Näheres in der Expedition d. Bl.

Gesucht eine ältere Frau tagsüber bei Kindern. (3417
Näheres Lügowstraße 31, I.
(6 Uhr abends zu melden.)

---

1 Heckbauer und mehrere eiser. Oefen zu verkaufen. (3415
Georgstraße 15a.

Ein Kinderwagen mit Gummireif., **Kinder**-Klappstuhl und Sportkarre zu verkaufen. **Frau E. Malchow,**
3416) Rensefeld-Schwartau.

---

1 eis. Zigarren-Presse und 5 Wickelformen, Il. Format, zu verkaufen. (3425) Arnimstraße 22.

Ein gebrauchtes Fahrrad billig zu verkaufen (3420
Abends nach 6 Uhr.
Werderstraße 20, II.

Zu kaufen gesucht ein alter **Kinderwagen** zum Einholen.
3418) Ludwigstraße 49, I.

Zu kaufen gesucht 20—30 alte Gerüstbretter, 3—4 m lang und 20 Gerüststangen.
Offerten unter **Z 100** mit Preisangabe an die Exp. d. Bl. (3414

Verlegte meine Wohnung nach
Königstraße 38
vis-à-vis dem Katharineum.
Dr. Dornseifer
homöopath. Arzt.

Fahrräder, billig! (3419)
Neu von 50 Mk. an. **Laternen,** große Auswahl! **Karbid** Pfd. **18** Pf.
Kempke, Aegidienstr., Ecke Königstr.

Zwetschen
10 Pfd. 80 Pfg., 100 Pfd. 7,50 Mk. empfiehlt 3428
C. Prestin, Fleischhauerstr. **60.**

Betten, Bettfedern u. a. Betten-Artikel
kaufen Sie **billig** und **reell** bei

Markt 4. Otto Albers Kohlmarkt 10.

2-Schl. kompl. Betten v. 12.50 Mk. an.
Federn per Pfd. v. 45 Pf. b. 4 Mk.
58) **Rote Lubeca-Marken.**

Uhren 0880

Goldene Trauringe, Myrtenkränze.
H. Schultz, Uhrm. u. Goldsch., Johannisstr. 20

Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten.
Von **Dr. E. Gebert.**
Preis 20 Pf. **Preis 20 Pf.**
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek.

Von der „Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek“ sind bis jetzt folgende Hefte erschienen und sehr zu empfehlen:

Heft 1. **Die erste Hilfe bei Unglücksfällen.** Dr. Christeller. Muß in Fabriken, Werkstätten, auf Bauplätzen vorhanden sein.

Heft 2. **Das erste Lebensjahr.** Von Dr. Silberstein. Jeder jungen Mutter zur Anschaffung zu empfehlen.

Heft 3. **Gesundheitspflege des Nervensystems.** Von Dr. Hirschlaff. Wer seine Nerven gesund erhalten will, lese diese Anleitung.

Heft 4. **Der Achtstundentag.** Von Dr. Zadek. Eine ärztliche Begründung der sozialdemokratischen Forderung.

Heft 5. **Alkoholfrage und Arbeiterklasse.** Mit besonderer Berücksichtigung d. Leipziger Parteitagsbeschlusses betr. Schnapsboykott.

Heft 6. **Das Schulkind.** Von Dr. Silberstein. Die Kinder vor Schulkrankheiten schützen, ist Zweck des Büchleins.

Heft 7. **Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten.** Von Dr. Gebert. Belehrend über diese für jeden Menschen wichtige Frage.

Heft 8. **Nahrung und Ernährung.** Von Dr. Chajes. Ein wichtiges Kapitel für jeden Arbeiter und seine Familie.

Heft 9. **Wie sollen wir uns kleiden?** Von Dr. P. Bernstein. Eine belehrende Abhandlung über diese wichtige Frage.

Heft 10. **Der Arbeiterschutz.** Von Dr. M. Epstein. Mit besonderer Berücksichtigung der Werkstatthygiene.

Heft 11. **Frauenleiden und deren Verhütung.** Dr. J. Zadek. Mit einem Anhang: Die Verhütung d. Schwangerschaft. (Text-Illustrationen.)

Heft 12. **Vom medizinischen Aberglauben.** Dr. E. Thesing. Eine lehrreiche Abhandlung für jedermann.

Heft 13. **Das Wasserheilverfahren in der Gesundheitspflege des Arbeiters.** Von Dr. S. Munter. Die Anwendung des Wassers in gesunden und kranken Tagen.

Heft 14. **Verhütung und Heilung des Stotterns.** Von L. Jordan. Nebst einer Einleitung des Herausgebers über Sprache und Sprachstörungen. Mit fünf Text-Illustrationen.

Heft 15. **Geschlechtliche Erziehung in der Arbeiterfamilie.** Von Dr. J. Markuse. Allen Eltern warm empfohlen.

Heft 16. **Zähne und Zahnpflege.** Von Gertrud Rewald. Mit besonderer Berücksichtigung der gewerblichen Erkrankungen. Mit sieben Text-Illustrationen.

Heft 17. **Bau und Lebenstätigkeit des menschlichen Körpers.** Von Dr. Christeller. Mit zahlr. Illustrationen.

Heft 18. **Der Geschlechtstrieb.** Von Eduard Bernstein.

Heft 19. **Die Krankenpflege im Hause.** Von Joh. Ranker-Mannheim. Mit einer Einleitung vom Herausgeber Dr. Zadek, Berlin.

Heft 20. **Die Proletarierkrankheit.** Von Dr. J. Zadek.

Heft 21. **Atemgymnastik.** Von Otto Rühle. Mit zahlreichen Illustrationen.

Heft 22. **Haut- und Haarpflege.** Von Dr. Chajes.

Heft 23. **Wie schützen wir uns vor Herzerkrankungen?** Von Dr. Rehfisch-Berlin. Mit zahlr. Illustrat.

Heft 24. **Die Hygiene der Arbeiterwohnung.**

Jedes Heft kostet 20 Pfennig.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Auch nehmen unsere Kolporteure Bestellungen entgegen.

H. Beckmanns Schuhgeschäft

3 Reiferstrasse 3.

Eingetroffen:
Halbstiefel mit Eisen M. 10,50
prima Qualität.
Arbeitsschuhe mit Eisen 5.75
werktägliche Zugstiefel 6.75
„ Schnürstief. 6.75
„ Schnalleust. 7.50
Herren-Boxcalf-, Schnür-, Zug- u. Schnallenstiefel v. 8.75 an
Damen-Schnürstiefel v. 5.75 an
Sämtliche Knaben- u. Mädchensachen billig. (3427
NB. Einzelpaare weit unter Einkaufspreis.
Reparaturwerkstatt.
Rote Rabattmarken.

Arbeiter-Abstinentenbund

Mitglieder-Versammlung
am Freitag, d. 20. September
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50—52.
3426) **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Verein Schwartau-Rensefeld.

Mitglieder-Versammlung
am Freitag, 20. d. M.
abends 8½ Uhr
bei Pinkert (Gasthof Transvaal).
Um rege Beteiligung ersucht
3423) **Der Vorstand.**

Adlershorst.

Heute Donnerstag: (3424
Tanzkränzchen.

Hansa-Theater.

Abends 8½ Uhr:
Phänom. Dressur-Akte
Mr. Kretons dress. Hunde
Maxims dressierte Menschen-Affen
und 10 Attraktionen.
Ab 11 Uhr: KABARETT.
Neue Kräfte.
Entree frei. 3429

Neues Stadttheater.

Freitag, den 20. September.
4. Vorstellung im Voll-Ab.
1. Vorst. im Freitag-Ab.
Anfang 8 Uhr. Ende 10¼ Uhr.
Die fünf Frankfurter.
Lustspiel von Carl Rößler.
Mittelpreise. 3422
Sonnabend, den 21. September.
5. Vrst. i. V.-Ab. 1. Vrst. i. Sonnab.-Ab.
Anfang 7½ Uhr.
Ein Sommernachtstraum.
v. Shakespeare. **Mittelpreise.**

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 220. Donnerstag, den 19. September 1912. 19. Jahrg.

Sozialdemokratischer Parteitag.

C. B. Chemnitz, d. 17. September.

Zweiter Verhandlungstag.

Vors. Noske: Die holländischen Genossen veranstalten heute zum Zwecke der Wahlrechtsdemonstration einen roten Dienstag im Haag mit einer Demonstration vor dem Parlament. Es ist selbstverständlich, daß die deutsche Sozialdemokratie den Wahlrechtskampf der holländischen Genossen mit der lebhaftesten Sympathie begleitet. Wir bitten um die Ermächtigung, den holländischen Genossen im Haag die Sympathie des Parteitages telegraphisch auszudrücken und ihnen besten Erfolg zu ihrem Wahlrechtskampfe zu wünschen. (Allseitige lebhafte Zustimmung.)

Hierauf wird die Debatte über den Vorstandsbericht fortgesetzt.

Giebel-Berlin wünscht, daß der „Wahre Jakob" in Zukunft geheftet erscheint. Ferner liegen eine Reihe von Anträgen vor, die eine Agitation unter den Millionen von Privatangestellten verlangen. Die Gesinnung dieser Kopfarbeitermasse ist, wie auch Kautsky neulich betont hat, eine Vorbedingung unseres endlichen Sieges. Die bürgerlichen Parteien und die Regierung sind natürlich aus wirtschaftlichen und politischen Gründen lebhaft daran interessiert, eine Vereinigung der Hand- und Kopfarbeiter zu hintertreiben. Nur aus diesen Motiven heraus hat man so schnell die Angestelltenversicherung geschaffen. Umsomehr erwächst uns die Aufgabe, eine intensive Aufklärungsarbeit unter den Privatangestellten zu betreiben, um sie zu disziplinierten Mitkämpfern des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse zu machen. Namentlich die Parteipresse sollte die Privatangestelltenfrage möglichst umfangreich behandeln. Es muß Agitationsmaterial zu dieser Frage vom Parteivorstand den Funktionären zur Verfügung gestellt, Flugblätter sollten unter den Privatangestellten verbreitet werden, um sie z. B. auch aufzuklären über die Arbeit, die von unsern Vertretern in den Gemeinden für die Privatangestellten geleistet worden ist. (Sehr gut!) Auch wird es notwendig sein, besondere Angestellten-Versammlungen abzuhalten, um gerade bei den Schmerzen anknüpfen zu können, die diese Schichten aus ihrem Arbeits- und Abhängigkeitsverhältnis empfinden. Eine derartige Werbearbeit wird dazu führen, Mitarbeiter aus den Privatangestellten selbst heranzuziehen, die gern und freudig eine derartige Pionierarbeit unter den Privatangestellten unterstützen. Sorgen Sie dafür, daß die Privatangestellten herausgeholt werden aus dem bürgerlichen Sumpf und geführt werden auf die lichten Höhen des Sozialismus. (Lebh. Beifall.)

Dr. Laufenberg-Hamburg: Den Ausführungen des Vorredners kann ich mich nur anschließen. — Weiter halte ich es für notwendig, daß der Parteitag auch Stellung nimmt zu der Wahlrechtsfrage in Preußen und zu der Frage des Verhältnisses des Zentrums zu den christlichen Arbeitern. Durch den letzten Bergarbeiterstreik ist hier ein Wendepunkt eingetreten. Nach der Stellungnahme des Papstes sind die christlichen Gewerkschaftler jetzt gezwungen in allen wichtigen Kämpfen gegen die sozialdemokratischen Arbeiter Stellung zu nehmen. Der Parteivorstand sollte für eine gründliche theoretische Aufklärung über diese Verhältnisse sorgen. — Auf dem Gebiete der Jugendbewegung bedarf es der Aufwendung größerer Mittel durch den Parteivorstand. (Bravo!)

Dr. Rosenfeld-Berlin befürwortet einen Antrag aus Sondershausen, den Frauentag in Zukunft im März stattfinden zu lassen. Im Interesse einer besseren Vorbereitung liegt es, daß dieser Frauentag von vornherein für jedes Jahr festgelegt wird. Wir wollen uns nicht festlegen auf den Monat März. Es genügt uns daher die Überweisung des Antrages an den Parteivorstand.

Biniskewicz-Kattowitz: Ein Antrag von Berlin IV verlangt, daß die „Gazeta Robotnica" nach wie vor dreimal wöchentlich erscheinen soll. Der Parteivorstand hat leider beschlossen, sie in Zukunft nur wieder einmal wöchentlich erscheinen zu lassen. Wir polnischen Genossen sind entschlossen, zu versuchen, daß das Blatt ab Neujahr täglich erscheint. Das wichtigste ist, daß der zweite Teil des Antrages Berlin IV befolgt wird ,der die Parteipresse und die Parteiorganisationen auffordert, bei jeder sich bietenden Gelegenheit unter den polnischen Arbeitern für das polnische Parteiblatt zu agitieren. Versammlungen unter den polnischen Arbeitern abzuhalten, wird uns von der Regierung unmöglich gemacht. So bleibt uns nur die Presse, um die polnischen Arbeiter von den Bestrebungen der polnischen Nationalisten abzuhalten. Daran haben auch die Gewerkschaften ein großes Interesse. (Sehr richtig.)

King-Offenbach: Wir sind mit dem Bericht des Vorstandes durchaus zufrieden; an Aktivität hat es ihm keineswegs gefehlt. Mit den langen Parlamentsberichten, die die „Sozialdemokratische Korrespondenz" bringt, können wir in der Agitation wenig anfangen. Die „Kommunale Praxis" sollte den Gemeindevertretern zur Verfügung gestellt werden resp. sollte ihr Abonnementspreis herabgesetzt werden. Die Verlegung des Frauentages auf den März unterstützen wir. Dieser Monat ist besser geeignet dazu als der Mai, wo ohnehin die Maidemonstration stattfindet. Eine Konferenz der Kreissekretäre, wie sie ein Antrag von Köln verlangt, wäre sehr notwendig. — Genosse Ulrich hat infolge gewisser Vorkommnisse uns alle seine Mandate zur Verfügung gestellt. Die Kreisleitung hat einstimmig den Wunsch ausgedrückt, daß Genosse Ulrich seine Mandate behält, da weder persönlich noch sachlich ein Grund für seinen Entschluß vorliege. Wir hoffen, daß dies Vertrauensvotum dem Genossen Ulrich genügen wird. (Bravo!)

Schubarth-Köln befürwortet einen Antrag, daß der Parteivorstand in Verbindung mit dem Zentralbildungsausschuß ein Verzeichnis von Büchern herausgeben möge, die eine planmäßige Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus ermöglichen.

Runge-Köln. Von Köln liegt, wie schon betont, der Antrag vor, baldigst eine Konferenz der Kreissekretäre einzuberufen, um über einheitliche Richtlinien in der Organisation und Kleinagitation zu beraten. Ein solcher Austausch der Erfahrungen ist notwendig z. B um der großen Fluktuation in der Mitgliederbewegung wirksam entgegen treten zu können. Dringend wünschenswert ist auch, daß wir zu einer Einheitlichkeit des Verwaltungsmaterials kommen; das werden mir alle Praktiker zugeben. An der von uns verlangten Konferenz könnten natürlich auch die Bezirkssekretäre teilnehmen. Für die Kreisleitungen könnte ein Mitteilungsblatt geschaffen werden, wie es die Berliner Parteiorganisationen haben.

Es läuft zu der Göppinger Angelegenheit noch folgender Antrag Ledebour-Liebknecht ein:

> Der Parteitag spricht dem Parteivorstand für sein Vorgehen in der Göppinger Angelegenheit die volle Billigung aus. Er erwartet, daß alle beteiligten Genossen ernstlich bestrebt sein werden, die Bemühungen des Parteivorstandes zur endlichen Beseitigung des unerträglichen Zustandes nach besten Kräften zu unterstützen. Er erwartet weiter, daß die Parteigenossen bei Neugründungen den in betracht kommenden Beschluß des Münchener Parteitages sorgfältig beachten werden.

Vors. Noske: Eine Abstimmung über diese neue Resolution wäre nur möglich, wenn der Parteitag damit einverstanden wäre. Ich werde darüber abstimmen lassen.

Keil-Stuttgart: Die Debatte über diese Angelegenheit ist gestern geschlossen worden. Wenn eine neue Resolution zur Entscheidung gebracht werden soll, würde es notwendig sein, die Debatte über die ganze Affäre zu eröffnen. (Unruhe.) Ich beantrage das nicht, aber wenn wir es vermeiden wollen, so können wir nur über die Resolution Auer, die zur Debatte gestanden hat, abstimmen.

Auer-München hält gleichfalls eine Wiedereröffnung der Debatte für notwendig, wenn über neue Anträge abgestimmt werden soll.

Ebert: Ich möchte bitten, die Wiedereröffnung der Debatte über die Göppinger Angelegenheit nur der neuen Resolution wegen abzulehnen, weil ich bereits vom Parteivorstande beauftragt bin, im Schlußwort zu erklären, daß in dieser Angelegenheit eine besondere Vertrauensresolution für uns nicht erforderlich ist. (Bravo!) Der Parteitag kann sich bei der Dechargeerteilung über unsere Haltung auch in diesem Falle äußern.

Dr. Liebknecht-Berlin: Wenn sich die Antragsteller der Resolution Auer auf den Boden des Ebertschen Vorschlages stellen, wird natürlich auch unsere Resolution überflüssig.

Dr. Frank-Mannheim: Das Bedürfnis, auf dem Parteitage möglichst dafür zu sorgen, daß einmütige Entschließungen zustande kommen, besteht auf allen Seiten. Aber es handelt sich doch hier um die Frage, ob der Parteitag nicht Veranlassung hat, einen Angriff gegen die Ehre der ganzen Partei abzuwehren, ob wir auf der Partei im ganzen den Vorwurf sitzen lassen können, daß Parteiinstanzen — auch dem Landesvorstand von Würtemberg ist dieser Vorwurf noch gestern gemacht worden — durch wucherische Mittel auf die Gesinnung der Genossen einzuwirken versucht haben. Wenn der Parteitag durch den Vorstand zum Ausdruck bringen läßt, daß dieser Vorwurf schwerer Ehrlosigkeit unbegründet, haben auch wir kein Interesse an irgend einem Beschlusse festzuhalten.

Dr. Liebknecht: Der Parteitag kann nicht wohl in einer Angelegenheit positiv Stellung nehmen, über die er in allen Einzelheiten kaum genügend unterrichtet sein kann. (Sehr richtig!) Ich verweise darauf, daß wir alsbald den Fall Hildenbrand zu erörtern haben werden, wo die Frage, ob das entscheidende Votum auf genügender vorheriger Information beruht, vielleicht in den Mittelpunkt der Debatte gestellt werden wird, von der Seite, die dem Antrag Auer nahesteht. Es empfiehlt sich also, hier keine Präzedenz zu schaffen. Durch Ablehnung der Kommissionsverhandlung hat der Parteitag zum Ausdruck gebracht, daß er keine Neigung habe, in diese Angelegenheit weiter hineinzusteigen. Das beste ist, wir bringen die Erwartung und das Verlangen des Parteitages zum Ausdruck, daß alle an diesen Dingen beteiligten Parteigenossen mit allen Kräften dahin wirken, das Vorgehen des Parteivorstandes in dieser Angelegenheit zu unterstützen. Aber unsere Partei hat es doch wirklich nicht nötig, sich gegen den wahnwitzigen Vorwurf, der von irgend einem unverantwortlichen Menschen erhoben worden ist, daß ihre Instanzen wucherische Mittel zur Beeinflussung der Gesinnung der Parteigenossen gebrauchen, zu verteidigen. Dafür stehen wir doch viel zu hoch, um uns mit solchem Zeug zu befassen. (Lebhafte Zustimmung.)

Bebel: Es wird Zeit, daß wir über diese geradezu ekelhafte Angelegenheit endlich hinwegkommen. (Lebh. allgemeine Zustimmung.) Ich bitte zu beachten, daß die Beschuldigung. Parteiinstanzen hätten sich eine wucherische Erpressung erlaubt, von einer Persönlichkeit ausgegangen ist, über deren moralische Qualitäten hier wohl keinerlei Meinungsverschiedenheiten bestehen. Ich will der Persönlichkeit nicht einmal die Ehre antun, ihren Namen zu nennen. Ich würde deshalb vorschlagen, daß die Resolutionen zurückgezogen werden. Wir vom Parteivorstand sind vollkommen zufrieden, wenn sie durch ihre Dechargeerteilung ihre Zustimmung zu dem Vorgehen des Parteivorstandes geben.

Dr. Frank: Nachdem die Beschuldigung gegen den württembergischen Landesvorstand von dem Genossen Bebel in dieser Weise charakterisiert worden ist und nachdem Liebknecht erklärt hat, daß die Partei — dieser Meinung sind wir auch — gegenüber solchen Beschimpfungen viel zu hoch steht — ziehe ich in Uebereinstimmung mit den Unterzeichnern den Antrag Auer zurück. (Lebh. Beifall.)

Ledebour: Dann ziehe auch ich unsern Antrag zurück. (Erneuter lebh. Beifall.)

Damit ist die Geschäftsordnungsdebatte erledigt.

Die Diskussion über den Vorstandsbericht wird fortgesetzt.

Neugebauer-Ludwigsburg wünscht Zustellung der Parteikorrespondenz an alle Funktionäre und vermehrte Unterstützung der Bildungsarbeit unter den Parteigenossen.

Ein Deutscher.

Roman von Otto Ruppius.

(25. Fortsetzung.)

„Sie sind sich nur gefolgt, Matilde", erwiderte Reichardt lächelnd, seinen Blick in ihr großes, dunkles Auge senkend, „ich komme direkt von Nashville,, wo ich die erste Spur meiner unsichtbar gewordenen Schwester fand und mich sofort aufmachte, um mir Aufklärung und Rechenschaft geben zu lassen." Wieder stieg ein Rot in ihre Wangen, und in ihrem Auge bebte es wie eine niedergehaltene Empfindung. „Das aber und so manches andere besprechen wir nachher", fuhr er fort, jetzt darf ich wohl nicht länger stören.

Sie warf einen fragenden Blick nach der Bühne, auf welchen dort indessen schon gewartet zu sein schien. „Gehen Sie, Mademoiselle", sagte die frühere Stimme, „wir brauchen keine weitere Gesangprobe und ich will sie nicht aufhalten, es handelt sich nur noch um die Attitüde dieser Messieurs; Sie wissen, der Geschmack muß da sein."

Matilde hieß, davon eilend, mit einem Händedruck den jungen Mann warten, und dieser zog sich nach der Treppe zurück, um nicht lästig zu werden; nach zwei Minuten aber schon war das Mädchen mit Hut und Mantille wieder zurück, und beide betraten zusammen die Straße.

Sie gingen schweigend neben einander her, als fühle jedes, daß sie mehr zu sprechen hätten, als sich auf der Straße abmachen ließ; dann und wann nur, wenn Reichardt den Kopf nach ihr wandte, hob sie den Blick, als sei sie glücklich, ihn einmal wieder in seinen Zügen ruhen lassen zu können.

Sie hatte den Weg nach dem „Everett-House" eingeschlagen und ging dort ihrem Begleiter rasch nach den Räumen des obern Stocks voran, wo sich ein kleines elegantes Zimmer, mit Diwan und Schaukelstuhl versehen, vor ihnen öffnete. „Jetzt denke, Du bist bei Deiner Schwester, Max, und mache es Dir so bequem als möglich", sagte sie mit voller Ungezwungenheit sich ihrer Umhüllungen entledigend; dann zog sie den Schaukelstuhl zur Seite des Diwans und ließ sich leicht darin nieder. „Und willst Du nun freundlich sein", fuhr sie, nachdem Reichardt sich ihr gegenüber niedergelassen, mit voller Seele zu ihm aufblickend, fort „so frage mich nicht viel, was mich von Neuyork weggetrieben und mein Schicksal von dem Deinigen trennen ließ. Du weißt, ich hätte mich in dem gewöhnlichen weiblichen Wirkungskreise einzeln stehender Frauen, zu dem die Not mich doch zuletzt gedrängt hätte, aufgerieben, und so habe ich einen Beruf ergriffen, der mir wenigstens nach einer Seite hin volle Befriedigung gibt. Jetzt erzähle mir Deine Schicksale, und vorr allem, was es möglich machen konnte, Dich hierher zu verschlagen."

Reichardt hatte beobachtend in ihr Gesicht geblickt, das wieder die ganze Blässe angenommen hatte, welche ihm bei ihrem ersten Erscheinen aufgefallen war, und hatte einen kaum momentan um ihren Mund zuckenden Ausdruck wahrgenommen, der weder mit ihrem leichten Tone, noch mit der Befriedigung, von welcher sie gesprochen, im Zusammenklange stehen wollte.

„Frage jetzt einmal nicht nach meinen Erlebnissen. Ich müßte Dir eine lange Geschichte erzählen, zu der eine völlig ruhige Stunde gehört," sagte der junge Mann und legte seine Hand auf die ihre. „Ich möchte, daß Du Dich erst einmal gegen mich recht von Herzensgrund aussprächst. Ich will nichts wissen, als was die augenblickliche Gegenwart betrifft. Ich werde auch nicht fragen, und zufrieden sein mit dem, was Du mir mitteilst — aber sprich, damit ich einen Begriff von Deinem jetzigen Leben erhalte, Matilde."

„Ich habe nichts zu verheimlichen," erwiderte sie, während ein leises Rot wieder in ihr Gesicht stieg; „Du sollst alles hören, und zuerst, daß es mich ein wahrer Festtag dünkt, Dich hier neben mir sitzen zu sehen. Meine Lage ist mit zwei Worten ausgedrückt: ich stehe allein, aber ich habe die Kraft dazu und erwartete kaum anderes, als ich von Dir schied. Habe ich auch Kämpfe zu überwinden, die in meiner Stellung kaum zu vermeiden sind, so habe ich doch auch Genugtuung durch die Kunst in Fülle, und was kann ein Mensch zuletzt mehr verlangen?"

„Und doch bist Du nicht glücklich, Matilde!"

„Glücklich! du lieber Himmel, wie viel wirklich Glückliche gibt's denn in der Welt, und welche Ansprüche habe ich denn, zu diesen wenigen zu gehören?" rief sie lachend; aber es war keine Freude in diesem Lachen, und in Reichardts Seele klang es wie ein Mißton. „Ich habe glückliche Augenblicke, Max," fuhr sie fort, „wenn ich den Gott in meiner Brust fühle, wenn die Menschenmenge vor mir, die nüchterne träge Masse, von ihm ergriffen wird und in Enthusiasmus losspektakelt, wenn ein Wettkampf entsteht zwischen den rohen Äußerungen dieser Begeisterung und den klingenden Tönen, die ich kaum mehr als die meinigen erkenne, und plötzlich, wie niedergeworfen von der Macht des Gottes, jeder Ton um mich her verstummt, daß ich fast erschrecke vor den siegenden Klängen der eigenen Brust — das sind Augenblicke des Glücks, Max, die ich festhalte, wenn die Öde des übrigen Lebens wieder an mich heran tritt, und hat denn der Mensch ein Recht, mehr zu verlangen?"

„Ich mag Dich nicht zu Mitteilungen drängen, die Du mir nicht unbefragt machen willst," erwiderte Reichardt, den Blick von ihrem eigentümlich leuchtenden Gesichte sinken lassend, „die Augenblicke der Aufregung sind doch am wenigsten das wirkliche Leben, und von den Stunden der nachfolgenden Ermattung sprichst Du auch nicht."

„Du sollst alles durchblicken," erwiderte sie, seine Hand zwischen die beiden ihren nehmend, „aber warte, bis Du den Boden kennst, auf dem ich stehe, und die Menschen um mich beurteilt hast, bis Du gesehen, wie ich mich zu ihnen und den Verhältnissen stelle. Vielleicht erscheine ich Dir dann fremder, als ich es Dir jemals gewesen — dann aber wird es Zeit sein, mehr zu sprechen. Du begleitest mich heute abend hinter die Kulissen. Und nun eine Frage, die Du mir trotz der angedrohten Geschichte doch beantworten mußt: führt Dich ein bestimmter Zweck hierher, oder bist Du auf einer Irrfahrt begriffen?"

„Auf einer wirklichen Irrfahrt, Matilde, die sich aber mit wenigen Worten eben nicht erklären läßt!"

„Es bedarf auch jetzt nicht der Erklärung. Fürs erste nimmst Du Dein „Dinner" mit mir — wir werden keine zwei Minuten darauf zu warten haben, und nachmittags quartierst Du Dich hier ein, damit wir beieinander sind —"

„Halt, einen Moment," unterbrach sie Reichardt, einen Blick durch das Fenster werfend, „ich tue alles, was Du willst, aber hier logieren kann ich nicht. Ich weiß noch nicht, ob ich einen Cent werde in St. Louis verdienen können, und dies Haus ist mir zu kostspielig —"

„Gut!" erwiderte sie mit einem glücklichen Lächeln, „ich werde auch für den Verdienst sorgen, wenigstens augenblicklich — oder meinst Du, wir sollen von einander gehen, ohne einmal wieder

„Zieh'n die lieben gold'nen Sterne"

zusammen durchphantasiert zu haben? und Monsieur Fronfride, der Direktor, wird einen Künstler, wie Dich, der ihm wie vom Himmel herab zufällt, unausgebeutet lassen, so lange wir hier sind?"

„So lange wir hier sind!" klang es wie ein Echo in Reichardts Innern; sie dachte also nicht daran, daß er sich vielleicht der Truppe anschließen dürfe, wie es als halbe Hoffnung ihm zuzeiten vorgeschwebt. Er sah einige Sekunden lang schweigend vor sich nieder. „Und wenn nun mein Spiel gefiele, Matilde? — ich habe so manches Effektstück eingeübt, das die Amerikaner ansprechen würde," begann er langsam, „glaubst Du nicht, daß es in Eures Direktors Nutzen liegen würde, mich auch weiter zu beschäftigen?"

Als er aufsah, war das leise Rot der Erregung aus ihrem Gesichte gewichen, und ihr Blick ruhte wie in plötzlich erwachter Besorgnis auf ihm. Ebenso schnell aber ward der eigentümliche Ausdruck durch ein weiches Lächeln vermischt.

Büchner-Berlin vertritt den Antrag von Berlin IV die „Gazeta Robotnica“ wie bisher dreimal wöchentlich erscheinen zu lassen. Ein gewagter Sprung wäre es aber, wie Winiskewicz wollte, das Blatt täglich erscheinen zu lassen.

Frau Zietz: Die „Kommunale Praxis“ kann statt für 3 Mark für 2,25 pro Quartal abgegeben werden, wenn sie für alle Gemeindevertreter eines Bezirks zusammen bezogen wird. Der Termin für den Frauentag war in diesem Jahre in der Tat kein glücklicher. Der Vorstand wird sich demnächst mit der Bezirksleiterkonferenz mit dieser Frage wie der ganzen Ausgestaltung des Frauentags beschäftigen, damit diese Demonstration in Zukunft so wuchtig wie möglich gestaltet wird. (Bravo!)

Damit ist die allgemeine Debatte über den Vorstandsbericht erledigt. Es folgt die Debatte über die Anträge zur Presse und Literatur.

Berten-Düsseldorf: Der Parteivorstand hat schon eine besondere Schrift für die Agitation unter den Blinden herausgegeben. Dasselbe sollte auch für die Taubstummen geschehen, die in manchen Orten bereits besondere Sektionen gebildet haben. In Düsseldorf zählt die Sektion der Taubstummen 50 Mitglieder. Auch die Taubstummen lechzen nach Aufklärung über die wirtschaftlichen und politischen Fragen und wir haben allen Anlaß den Einflüssen entgegenzutreten, die von anderer, vor allem kirchlicher Seite auf die Taubstumen ausgeübt werden. Schaffen Sie ein Organ für die Taubstumen; die Unglücklichen werden es Ihnen danken. (Bravo!)

Dürr-München befürwortet einen Antrag, wonach der Parteivorstand sich mit der Generalkommission in Verbindung setzen soll, um unverzüglich die Gründung einer Zeitschrift in die Wege zu leiten, deren Inhalt sich erstreckt auf die gesamte Verwaltungstätigkeit der Versicherungsinstitute, auf die Organisation der Wahlen zu diesen Instituten, auf die Rechtsprechung der Spruchinstanzen und auf das Wirken der gesamten Privatversicherung und ihrer Träger. Die jetzige soziale Beilage des Korrespondenzblattes der Generalkommission genügt für die Zukunft nicht. Ein großes Absatzgebiet für eine derartige Zeitschrift ist von vornherein vorhanden.

Ida Wuliff-Berlin: Die Genossen von Berlin IV haben beantragt, daß die „Neue Welt“, insbesondere ihre Illustrationen besser, künstlerischer ausgestaltet wird. Ich bitte Sie, diesen Antrag dem Parteivorstand zur Berücksichtigung zu überweisen. (Bravo!)

Scheibe-Bochum tritt für Anträge von Bochum, Gelsenkirchen, Hattingen und Witten ein, eine Modezeitung von der Partei herauszugeben und die Kinderbeilage der „Gleichheit“ den Organisationen zu einem billigen Preise abzugeben.

Bérard-Hamburg betont, daß für die Ausgestaltung der „Neuen Welt“ nach den zur Verfügung stehenden Mitteln das Möglichste geschehe.

Louise Zietz: Den Antrag, den Inhalt der „Gleichheit“ zu ändern, bitte ich abzulehnen. Das Niveau der „Gleichheit“ darf nicht herabgedrückt werden. Sie enthält in ihrem zweiten Teil eine Reihe populärer Artikel zur Aufklärung der Frauen. Sie soll aber auch das führende Organ der aufgeklärten Genossinnen sein und als solche muß sie prinzipiell Stellung nehmen zu neu auftauchenden Fragen und die Frauenbewegung im Lichte des Sozialismus beleuchten. Gerade dem schädlichen Einfluß der „Gleichheit“ ist die erfreuliche Entwicklung unserer Frauenbewegung zu verdanken. Die Kinderbeilage darf nicht von der „Gleichheit“ abgetrennt und billiger den Genossen zur Verfügung gestellt werden, sondern wir müssen darauf dringen, daß die „Gleichheit“ in ihrer Gesamtheit abonniert wird. (Bravo!) Die Schaffung einer „Modezeitung“ hat Ebert schon zugesagt. So bald es möglich ist, wird sie erscheinen. Ich möchte sie aber nicht „Modezeitung“ nennen, sondern „Praktische Arbeiterin“, als Gegengewicht gegen die „Praktische Hausfrau“ und ähnliche Blätter. Die Hauptsache wird sein, daß die Genossen mit ganzer Energie dann die Propaganda für die Verbreitung eines solchen Blattes auch unter den Indifferenten betreiben. Eine besondere Literatur für die Taubstummen, die doch lesen können, halte ich für überflüssig. Hier genügt die Sektionsbildung und der Hinweis in den Parteiblättern auf besondere Veranstaltung für die Taubstummen. — Der Antrag München auf Schaffung einer Zeitschrift über das Arbeiterversicherungswesen ist durch die Einrichtung der Rechtsbeilage des „Korrespondenzblattes“ der Generalkommission überflüssig geworden. Auch sonst besteht auf diesem Gebiete reichhaltige Literatur. Auch hat der „Vorwärts“ Bibliotheken in Vorbereitung, in denen besondere gewerkschaftliche Fragen und volkswirtschaftliche Fragen in sich abgeschlossener Form behandelt werden.

Ludwig-Hagen: Die Genossin Zietz hat eben einen Massenmord begangen (Heiterkeit) und eine ganze Masse Anträge zur Ablehnung empfohlen. Eine besondere Literatur für die Taubstummen empfiehlt sich durchaus als Gegenwirkung gegen die von unsern Gegnern auf diesem Gebiete geschaffene Literatur.

Luise Zietz betont, daß von Zeit zu Zeit Flugschriften zur Verbreitung unter den Taubstummen auf Beschluß des Parteivorstandes herausgegeben werden sollen.

Damit schließt die Debatte.

Nunmehr wird über die Jugendpflege und Jugendbildung debattiert.

Hierzu liegt folgender Antrag Ebert und Genossen vor:

Resolution:

„Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie wiederholt mit Nachdruck den schon von früheren Parteitagen erhobenen Einspruch gegen die Verfolgungen, die sich staatliche Behörden aller Art gegen die proletarische Jugendbewegung herausnehmen.

Der Parteitag anerkennt das ernste Bestreben junger Arbeiter und Arbeiterinnen, sich durch rege Vereinstätigkeit, durch Versammlungen, Vortragskurse, künstlerische Veranstaltungen, Ausflüge, Besuche von sehenswerten Sammlungen und auf andere Weise eine Erweiterung ihrer unzureichenden Volksschulbildung anzueignen. Alle diese Maßnahmen sind reine Bildungsmaßnahmen und als solche unpolitisch.

Dagegen besteht für den Parteitag kein Zweifel über die politischen Beweggründe, die zur neueren bürgerlichen Jugendbewegung in allen ihren Arten und Betätigungsformen und zu ihrer Unterstützung durch Staat und Gemeinde geführt haben, sowie über die offene und versteckte Bekämpfung der Sozialdemokratie, die bei allen Veranstaltungen der bürgerlichen Jugendpflege auf die jugendlichen Teilnehmer versucht wird.

So sehr die deutsche Sozialdemokratie von jeher durch Wort und Tat um die geistige und körperliche Hebung der schulentlassenen Arbeiterjugend durch den Ausbau und durch die Verbesserung des staatlichen und gemeindlichen Schul- und Bildungswesens bemüht ist, so sehr erhebt sie Widerspruch gegen die parteiische Unterstützung unkontrollierbarer bewußt sozialistenfeindlicher, also politischer Jugendpflege privater Vereinigungen durch staatliche Behörden und aus öffentlichen Mitteln.

Der Parteitag fürchtet zwar die politische Wirkung dieser neuesten Art der Sozialistenbekämpfung nicht, er erhebt aber aus allgemeinen kulturellen und pädagogischen Gründen den entschiedensten Einspruch gegen das heuchlerische Gebaren und gegen die wüsten Methoden der bürgerlichen Jugendpflege; besonders sieht er in den sogenannten Kriegsspielen und in der öden Nachäfferei militärischer Aeußerlichkeiten eine schwere Beeinträchtigung der körperlichen, geistigen und seelischen Entwicklung der heranwachsenden Jugend. Solches Treiben dient nicht der Heranbildung wahrer Vaterlandsliebe im Geiste der Menschlichkeit, sondern der Züchtung roher Triebe im Sinne des Nationaldünkels und der Hetze gegen andere Völker.

Der Parteitag erwartet, daß die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen wie bisher allen Verfolgungen zum Trotz ihre anerkennenswerte Bildungsarbeit an sich selbst im Sinne fortschrittlicher, freiheitlicher und brüderlicher Lebensauffassung fortsetzen. Die deutsche Sozialdemokratie wird bestrebt sein, sie dabei vor ungerechtfertigten und ungesetzlichen Störungen durch amtliche und freiwillige Gegner der proletarischen Jugendbewegung zu schützen.“

Außerdem liegt von Ebert und Genossen noch der Antrag vor:

Der Parteitag empfiehlt den Parteigenossen durch geeignete Maßnahmen die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen im Alter von 18—21 Jahren für die Arbeiterorganisationen zu gewinnen. Er hält es in erster Linie für die Pflicht der Bildungsausschüsse die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen durch besondere Propaganda zu den bildenden und belehrenden Veranstaltungen heranzuziehen und sie durch planmäßige Schulung zu dauernden und aufgeklärten Mitgliedern der Organisationen zu machen.

Schultz-Berlin begründet die Anträge Ebert. Die Herausgabe eines Führers durch die sozialistische Literatur, wie ihn die Kölner haben wollen, ist vom Zentralbildungsausschuß geplant. Eine Reihe von weiteren Anträgen zur Bibliothekenfrage kann besser auf einer Konferenz der Bezirksbildungsausschüsse erörtert werden. Dort läßt sich auch der Wunsch prüfen, Kurse für Bibliothekare einzuführen. Der Antrag auf Schaffung einer Zentralstelle für Lichtbildervorträge kann dem Zentralbildungsausschuß überwiesen werden. Im übrigen bitte ich Sie alle Anträge zur Frage der Jugendbildung in der Form der Anträge Ebert anzunehmen. Mit dieser einmütigen Kundgebung werden wir der proletarischen Jugendbewegung am meisten dienen. Wir haben natürlich gar nichts dagegen, wenn auch von bürgerlicher Seite eine Jugendbewegung eingeleitet wird. Aber wir protestieren dagegen, daß aus allgemeinen Mitteln aufgebrachte staatliche Mittel dazu benutzt werden, um Angehörige des Staates aus politischen Gründen unter dem Deckmantel der Jugendbewegung zu bekämpfen. (Lebhafte Zustimmung.) Wir müssen auch gegen die unerhörte Günstlingswirtschaft protestieren, die z. B. darin zu Tage tritt, daß der Eisenbahnminister v. Breitenbach seine Fahrpreisermäßigungen nur den dem Jungdeutschlandbund angeschlossenen Jugendvereinen gewährt. (Hört, hört!) Und warum dieser Kampf gegen die Arbeiterbildungsbestrebungen? Die „Hamburger Nachrichten“ haben geschrieben: „In ihrer leidenschaftlichen Begierde, aus dem Herzen der arbeitenden Bevölkerung den Glauben an die Ideale zu reißen, ist die Sozialdemokratie seit Jahren am Werke, die Jugend zu revolutionieren.“ Ist das Dummheit oder Infamie?! Ich behaupte, wenn heute noch irgendwo Ideale sind, so bei der kämpfenden Arbeiterklasse. Das sozialistische Ziel vereinigt in sich alle unausgeführten wertvollen Ideale früherer Zeiten (Lebh. Zust.) Vor allem müssen die proletarischen Eltern dazu beitragen, daß uns unsere Jugend nicht verloren geht. Unsere Aufgabe ist es, die proletarische Jugend zu aufrechten freien Menschen zu erziehen, die mit offenen Augen in das Leben schauen, die ständig an ihrer eigenen Fortbildung arbeiten, die schon ein Gefühl dafür bekommen, daß jedes Mitglied der Kulturgesellschaft die Pflicht hat, mitzuarbeiten an der sozialen und geistigen Hebung des Menschengeschlechts und die sich für die höchsten und besten Kulturideale mit aller Kraft einsetzen. (Stürmischer Beifall.)

(Mittagspause.)

Nach der Pause eröffnet Noske wieder die Verhandlungen.

Hoffmann-Elberfeld tritt den Ausführungen von Heinrich Schulz im allgemeinen bei und begrüßt die vorgelegte Resolution. Für die Jugendbewegung kann von Parteiwegen nicht genug geschehen, angesichts des Korruptionsfonds in Preußen und der durch von einzelnen Kommunen aufgebrachten Gelder. In bezug auf das Bibliothekswesen kann ich mich mit Schulz nicht einverstanden erklären. Der Bildungsausschuß hat nichts getan im Bibliothekswesen und es muß hier eine einheitliche Regelung erfolgen, aber es muß überhaupt mehr für die Bibliotheken geschehen. Nicht nur der Bildungsausschuß muß sich mit dieser Frage beschäftigen, sondern auch der Parteitag muß hier das treibende Element bilden.

Birkholz-Hamburg wünscht stärkere materielle Förderung der Zentrale für die Jugendfürsorge. Die bürgerliche Jugendbewegung darf nicht unterschätzt werden. Die religiöse Propaganda wird in verstärkter Form geführt, um unsere Jugend einzufangen. Das macht die Bewegung für uns gefährlich.

Die bürgerliche Jugendzentrale hat es verstanden, die verschiedenen Richtungen unter einen Hut zu bringen und einen glänzenden Stab von Mitarbeitern zu gewinnen. Für unsere Jugendbewegung müßte der dreifache Betrag ausgegeben werden. Auch geschieht für die Kleinstädte viel zu wenig. Das soll kein Vorwurf sein; bei der Kürze der Zeit und den vorhandenen Kräften war nicht viel mehr zu leisten.

Karsten-Peine: Mit dem Fortschreiten unserer Jugendorganisationen können wir nicht so zufrieden sein, wie mit der Entwicklung unserer politischen und wirtschaftlichen Organisationen. Schuld ist daran nicht der Bildungsausschuß und der Parteivorstand, sondern die Leitung der Bezirksorganisationen. Viele Orte haben überhaupt noch keine Jugendorganisationen. Besonderes Gewicht sollte man auf Organisierung der jungen Männer von 18—21 Jahre legen, sonst gehen diese jungen Leute in die bürgerlichen Sportvereine. (Sehr richtig.)

Dönnicke-Mühlhausen-Thür. schließt sich dem Vorredner an, besonders in Kleinstädten müßte mehr geschehen. Auch die Parteischule nimmt ihre Schüler vorwiegend aus den großen Städten und wird einmal ein Genosse aus der Kleinstadt aufgenommen, dann geht er sicher nach Absolvierung der Parteischule als Redakteur in die Großstadt.

Dr. Karl Liebknecht: Unsere Jugendbewegung wird mit haarsträubenden Ungesetzlichkeiten von den herrschenden Klassen bekämpft, aber alle diese Dinge werden unsern Erfolg nicht hindern können. Wenn wir nur an der Erziehung unserer Jugend ernst weiter arbeiten. Der Gedanke einer besonderen Organisation für die jungen Leute zwischen 18 und 21 Jahren verdient ernsthafteste Beachtung. Selbstverständlich

---

„Ich glaube, Max,“ sagte sie, seine Hand drückend, „daß Dir einige Produktionen mit uns Gelegenheit geben werden, Dich hier zu zeigen, Dich in der guten Gesellschaft einzuführen und einen Grund für eine solide Existenz für Dich, sei es auch nur erst als Musiklehrer, zu legen. St. Louis ist kein Kansas, es fehlt hier an Leuten, wie Du es bist, und weder unser Direktor, noch das herumziehende Leben kann Dir jemals einen Halt für Deine Zukunft geben.“

„Und welchen Halt bieten sie Dir, Matilde?“

„O, mit mir ist es etwas anderes — aber laß das jetzt!“ rief sie, sich rasch erhebend, als die Mittagsglocke durch das Haus klang, und sah schien es, als sei ihr die Unterbrechung eine erwünschte. Sie wandte sich nach dem Spiegel, sich mit wenigen Strichen ihr Haar ordnend, und war dann auf den jungen Mann zu, ihre Hand mit einem: „Ich werde Dich führen!“ leicht unter seinen Arm schiebend.

Es lag für Reichardt etwas wunderbar Wohltuendes in der zwanglosen Weise, mit welcher das Mädchen ihn behandelte, in dieser Mischung von zwanglicher Wärme und halber Zurückhaltung, — er fühlte sich neben ihr daheim, und wenn er auch wußte, daß keine Empfindung ihn bewegte, die der Liebe, wie er sie sich dachte, nahe stand, so fühlte er doch auch, daß er gern mit ihr durch das ganze Leben gegangen wäre. Als sie an seinem Arme die Treppe hinab nach dem Speisesaal schritt, meinte er in ihrer leichten, graziösen Bewegung, in dem hellen Blick, welchen sie zu ihm hob, nur die Verkörperung ihres ganzen inneren Wesens zu sehen.

An der Tafel war kein Platz für den neuen Gast reserviert, er mußte seine Begleiterin verlassen und sich mit einem Sitze am unteren Ende des Tisches begnügen. Matildens Platz gegenüber sah er den Agenten, dessen Auge nicht von ihm wich, bis er sich niedergelassen, und auch dann noch den aus der Entfernung gewechselten Blick der „Geschwister“ auffangen schien. Der junge Mann wandte, etwas verwundert, den Kopf nach ihm und traf einen stechenden Blick unter zwei buschigen zusammengezogenen Brauen, der sich indessen vor seinem Auge langsam senkte. Reichardt suchte, während er aß, umsonst nach einem Grunde dieses sonderbaren Begegnens, bis ihn die Stimme seines Nachbars andern Gedanken zuwandte. „Sie gehören zu der angekommenen Gesellschaft, Sir?“ fragte dieser höflich.

„Nicht ganz, Sir,“ erwiderte der Deutsche, „ich bin nur heute zufällig mit Miß Heyer, die meine Schwester ist, hier zusammengetroffen.“

Der andere neigte leicht den Kopf. „Die Zeitungen haben schon viel Rühmliches über die junge Dame berichtet, und die Gesellschaft wird ihre Neigung hier finden — wir sind leider arm an tüchtigen musikalischen Kräften, und doch könnten so manche ein rentables Geschäft als Lehrer in unsern besten Familien, oder als Sänger und Sängerinnen in unsern Kirchen machen. Es scheint, daß Leute von solcher Befähigung nur immer als Zugvögel hierher kommen.“

„Well, Sir,“ erwiderte Reichardt und ließ erst jetzt den Blick über das ganze respektable Äußere des Sprechenden laufen, während sein Auge in einer neuen Hoffnung aufleuchtete, „Sie stellen mir selbst da eine lockende Aussicht. Ich hatte schon den Gedanken, hier ein Feld für mich zu suchen, und gedachte deshalb während der kommenden Vorstellungen einige meiner Leistungen dem Publikum vorzuführen —“

„Halten Sie den Gedanken fest, Sir,“ gab der andere zurück. „Wenn Sie der Mann sind, für den ich Sie halte, so ist hier Ihr Boden, und ich werde mich freuen, Sie zum Hierbleiben aufgemuntert zu haben!“

Reichardt hätte gern das Gespräch noch weiter fortgesetzt, aber Matilde schien bereits mit ihrem Mahle zu Ende zu sein und auf ihn zu warten. Er erhob sich, die Hoffnung gegen seinen Nachbar aussprechend, ihn am Abend wieder hier zu treffen, und wandte sich nach den oberen Plätzen der Tafel, wo sich bei seinem Herankommen ein halbes Dutzend Köpfe nach ihm drehte.

„Es muß hier gleich eine General-Vorstellung bewerkstelligt werden, um Dir die Ehre einer Bekanntschaft mit unserm verdienten Künstlerkorps zu verschaffen,“ empfing ihn Matilde, während sich die nächsten Personen von ihren Sitzen erhoben und der Ankömmling sich zwischen einem vollen Kreuzfeuer musternder Blicke sah. „Mein Bruder, Max Reichardt, Violinin und Pianist!“ Der Vorgestellte blickte mit einer leichten Verbeugung um sich und begegnete wieder dem unangenehmen Blicke des Agenten, um dessen Mund sich bei der Nennung von Reichardts Namen ein Zug scharfer Ironie legte. Es zuckte in dem Deutschen, ohne weiteres Erklärung von dem Manne zu fordern. Ein Blick auf die zahlreichen Gäste umher ließ ihn indessen die Ausführung seiner Absicht aufschieben.

„Mr. Fronside, unser würdiger Direktor,“ fuhr Matilde fort, und der junge Mann sah ein echt französisches Gesicht, von grau gemischtem Haare beschattet, vor sich. Trotz dieses Zeichens beginnenden Alters aber schienen doch die lebendigen Züge und das feurige Auge kaum auf mehr als vierzig Jahre zu deuten. „Freue mich, Herr,“ sagte er in dem gebrochenen Deutsch, welches Reichardt bereits am Morgen vernommen, „ein Bruder, ganz einer solchen Schwester würdig. Ich beurteile die Leute nach ihrem Geschmack, Herr,“ setzte er Reichardts Äußeres überlaufend, wie erklärend hinzu, „und bin noch selten fehl gegangen; der Geschmack muß da sein, sonst ist für mich wenigstens der ganze Mensch nicht viel!“

„Es hat wenigstens bei den Bühnenkünstlern manches für sich!“ erwiderte Reichardt mit höflichem Lächeln und wandte sich dann nach den nächsten Personen, einem Manne in „gesetzten“ Jahren, mit einem Anfluge von Wohlbeleibtheit, dessen ganzer Gesichtsausdruck aber in „lyrische Süße lächelndes Schmachten“ aufgegangen zu sein schien — und einer Dame, schon etwas verlebt, aber mit einer selbstbewußten Bestimmtheit im Blicke. „Herr und Frau Meier, unser Bariton und Alt!“ erklärte Matilde „und hier,“ fuhr sie fort, „Fräulein Faßner, Sopran, und die Herren Stiller und Meßner, Tenor und Baß.“ Reichardt erwiderte die Verbeugungen, es waren gewöhnliche Erscheinungen, auf die sein Auge zuletzt getroffen. Dann aber blieb sein Blick wieder auf dem Agenten hängen, den Matilde in eigentümlich kurzem Tone als „Mr. Stevens, our Agent,“ vorstellte. „Wir kennen uns bereits,“ sagte Reichardt englisch, den Blick fest auf das noch immer zu halber Satire verzogene Gesicht des letztgenannten richtend, „und Mr. Stevens wird mir vielleicht erlauben, ein paar Fragen an ihn zu richten.“

Zu irgend einer Zeit, Sir!“ war die Antwort, mit welcher der Redende sich wie im halb verdeckten Spott verbeugte.

„Sobald wir allein sein werden, Sir,“ gab Reichardt zurück und wandte sich, um Matilden den Arm zu bieten.

„Wir sehen Sie doch heute bei der Vorstellung?“ nahm der Direktor das Wort, „Mademoiselle Heyer hat mir so viel von Ihrer Kunst auf der Violine gesagt, daß Sie uns jedenfalls einige Mal unterstützen müssen.“ Der junge Mann konnte nur lebhaft seine Bereitwilligkeit erklären und nach einer leichten Verbeugung gegen die übrigen geleitete er die „Schwester“ aus dem Saale.

„Liegt etwas zwischen Dir und dem Agenten?“ fragte Matilde, als beide zusammen die Treppe hinaufstiegen.

„Etwas jedenfalls, denn er scheint es auf eine Beleidigung gegen mich abgesehen zu haben,“ erwiderte Reichardt. „Was es aber ist, will ich eben von ihm erfahren. Ich habe den Mann heute morgen zum ersten Male und da nur mit ein paar kurzen Worten gesprochen.“

Matilde blieb an der Tür ihres Zimmers stehen. „Laß den Menschen, Max,“ sagte sie, „ich habe Gründe es zu wünschen, die Du bei der ersten Gelegenheit erfahren sollst. Er tritt übrigens schon morgen mittag seine Weiterreise an, und so, wie ungehörig er sich auch gegen Dich benommen haben mag, laß ihn, mir zuliebe!“

(Fortsetzung folgt.)

darf darunter die übrige Jugendbewegung nicht leiden, sondern es muß in intensivster Weise weitergearbeitet werden. Der Antrag Spandau, eine besondere Organisation für die ältere Jugend zu schaffen, ist durch die von Schulz vorgelegte Resolution überflüssig geworden und ich ziehe den Antrag zurück.

Kremser-Frankfurt a. M.: Vor der bürgerlichen Jugendbewegung brauchen wir nicht allzu große Furcht zu haben. Die Wandervögel werden auch schon in bürgerlichen Kreisen als Landplage empfunden. Die Abkocherei verwüstet den Landwirten die Felder und dabei werden noch viel Kartoffeln gestohlen. Im Bibliothekwesen ist uns Oesterreich voraus.

Genossin Deming-Berlin behandelt die Frage des Kinderschutzes und berichtet über die Tätigkeit der Kinderschutzkommission. Ueberall sollten solche Kommissionen gegründet werden. Anleitung dazu findet man in der vorzüglichen Broschüre der Genossin Zietz: „Kinderschutz und Kinderarbeit".

Heinrich Schulz wendet sich gegen die von Hoffmann-Elberfeld in bezug auf das Bibliothekswesen geäußerten Bedenken. Es wird jetzt im Bibliothekswesen mehr geschehen. Wenn es etwa zurückgeblieben ist, so lag es daran, daß alle Gebiete nicht gleichmäßig in Angriff genommen werden konnten. Eine einheitliche Regelung werde sich aber jetzt für ganz Deutschland kaum durchführen lassen. Die Parteischule macht keinen Unterschied zwischen großen und kleinen Orten, aber die Freizügigkeit kann sie nicht aufheben. Übrigens werden die kleineren Orte durch die Wanderkurse ausgiebig unterstützt. Gute Erfahrungen sind mit den neu ins Leben gerufenen Schülerwanderungen gemacht worden.

Nachdem Lipinski-Leipzig noch kurz auf die Bedeutung der Jugendfürsorge im sozialistischen Geiste hingewiesen hat, wird die Debatte über Bildungswesen und Jugendbewegung geschlossen.

Es folgt die Debatte über die Anträge zum Branntweinboykott. Dazu ist folgender Antrag eingegangen:

In besonderer Berücksichtigung der neuesten unter dem Trugwort „Abschaffung der Liebesgabe" erfolgten Mehrbelastung zu Gunsten des Militarismus und der Schnapsproduzenten bringt der Parteitag den von den drei letzten Parteitagen beschlossenen Branntweinboykott in eindringliche Erinnerung. Der Parteitag stellt fest, daß die bisherige Durchführung des Boykotts eine erhebliche Verminderung des Branntweinverbrauchs zur Folge gehabt hat, die im Interesse der Volksgesundheit, der Kampffähigkeit des Proletariats und der Schwächung seiner bösartigsten Feinde freudig zu begrüßen ist. Er erwartet jedoch für die Folge eine noch gewissenhaftere Durchführung des Parteitagsbeschlusses.

Gottschalk-Königsberg und Genossen.

Davidsohn-Berlin: Wenn man die Anträge auf Erneuerung und Bekräftigung des Branntweinboykotts liest, könnte selbst einem Abstinenten das Herz lachen. Das richtigste wäre aber doch die Annahme des Antrages, der die Parteipresse verpflichten will, keinerlei Anzeigen mit Anpreisungen derartiger Getränke aufzunehmen und der weiter ausspricht, daß der Parteitag von den Volks- und Gewerkschaftshäusern erwartet, daß sie die Boykottbewegung durch Einstellung des gesamten Branntwein- und Schnapsverkaufs kräftig fördern. 1909 hat der Parteivorstand selbst ein Flugblatt herausgegeben, in dem der Schnaps als das gefährlichste Volksgift, das wir kennen, bezeichnet wurde! Wie kann man es da noch verantworten, dies gefährlichste Volksgift in Volks- und Gewerkschaftshäusern verkaufen zu lassen oder in Parteizeitungen im Inseratenteil zu empfehlen. Wenn solche Volkshäuser ohne Branntweinausschank nicht existenzfähig sind, so sollte man sie auflösen. Eine ganze Reihe Parteiblätter, die Schnapsinserate prinzipiell nicht mehr aufnehmen, gibt es schon, und sie sind dadurch durchaus nicht in ihrer Existenz gefährdet worden. (Sehr richtig!) Und bei den andern Blättern machen die Schnapsinserate nur 1 % der gesamten Inserate aus. Solche Inserate sollten ebenso verschwinden wie die Kuppelei-, Heiratsvermittlungs-, Geheimmittelschwindelinserate in sozialdemokratischen Zeitungen nicht zu finden sind. (Sehr richtig!) Die heutige Zwitterstellung hat bereits zu der Konsequenz geführt, daß ein Blatt wie die Metallarbeiterzeitung wiederholt die Arbeiter gewarnt hat, auf die Schnapsinserate in der Parteipresse hereinzufallen. Ueberhaupt hat die Partei inbezug auf die Befolgung des Schnapsboykotts den Gewerkschaften und ihrer Presse den Vorrang neidlos überlassen. Ohne das energische Vorgehen der Gewerkschaften wäre die Partei mit ihrem Schnapsboykott gründlich hereingefallen. (Lebh. Widerspr.) Wie die Sache in manchen Kreisen behandelt wird, beweist die Bezeichnung des Schnaps in einem Volkshaus als Leipziger Resolutionstropfen. (Heiterkeit.) Bezeichnend für die Wichtigkeit der Sache ist die Wandlung, die der wirklich sachverständige Genosse Wurm in dieser Frage durchgemacht hat. Ich kann Sie nur nochmals bitten: entweder oder! Lassen Sie den Schnapsboykott fallen oder machen Sie Ernst mit ihm. (Lebh. Beifall.)

Luise Zietz: Der Parteivorstand hat den lebhaften Wunsch vom Parteitag eine einmütige Zustimmung zur Erneuerung des Branntweinboykotts zu erhalten. Wollen wir aber unsern großen Kampf gegen den Branntwein nicht zersplitternd und verbitternd wirken lassen, so müssen wir den Antrag 128, den Davidsohn eben begründete, ablehnen. Dadurch würde nur dem Spitzel- und Denunziantenwesen in unsern eigenen Reihen Tür und Tor geöffnet werden. Ich behaupte, daß durch unsere ganze Arbeiterbewegung vielmehr nicht nur für die Verminderung des Branntweingenusses, sondern des Alkoholgenusses überhaupt getan worden ist, als durch solche extremen Anträge bewirkt werden könnte. (Sehr richtig!) Gerade in den Gewerkschaftshäusern ist der Alkoholgenuß soweit zurückgegangen, daß es notwendig wird — und wir freuen uns darüber — daß wir Miete zahlen müssen für die Versammlungen und Vergnügungen, weil die Wirte nicht mehr so viel einnehmen. In dieser prächtigen Entwicklung wollen wir uns nicht stören lassen durch solche Quertreibereien. Was soll es denn heißen: ohne die Gewerkschaften wäre die Durchführung des Schnapsboykotts unmöglich gewesen! Gewerkschaften und Partei müssen sich doch in allen Aktionen unterstützen, sonst können sie überhaupt keine wirksame Aktion durchführen. (Lebh. Zustimmung.) Zum großen Teil sind es ja auch dieselben Personen in der Partei und den Gewerkschaften. (Sehr richtig!) — Daß vorn in der Zeitung zum Schnapsboykott aufgerufen wird und hinten im Inseratenteil Schnaps empfohlen wird, wollen wir alle nicht. Es ist aber Sache der örtlichen Preßkommissionen, hier Wandel zu schaffen. (Sehr richtig!) Wir wollen unseren Kampf gegen den Schnaps nicht führen mit pharisäerhaften Moralpredigten. Wir wissen gar zu gut, daß die traurigen sozialen Verhältnisse vielfach die Ursache des Branntweingenusses sind. Aber wir wollen die Arbeiter darüber aufklären, daß sie mit jedem Tropfen Branntwein, den sie trinken, die Taschen derer füllen und damit ihre wirtschaftliche und politische Macht stärken, die ihre allerschlimmsten politischen Feinde sind. Dieser Appell an die Selbstüberwindung, an die Solidarität, an das Klassenbewußtsein wird wie bisher die reichsten Früchte zeitigen. Daneben freuen wir uns natürlich außerordentlich über die gesundheitlichen und moralischen Wirkungen des Branntweinboykotts. Ich bitte Sie also den Antrag, den Davidsohn begründet hat, abzulehnen und durch einmütige Annahme des Antrags Gottschalk zu bekunden, daß Sie gewillt sind mit verstärkter Wucht und großem Elan für die Durchführung des Branntweinboykotts zu wirken zum Nutzen der Arbeiter, zum Schaden unserer größten Feinde, der ostelbischen Junker. (Stürmischer Beifall.)

Poetzsch-Berlin: Es ist selbstverständlich, daß kein Volks- oder Gewerkschaftshaus seinen Bestand aufbaut auf den Schnapskonsum. Gerade in den Gewerkschaftshäusern geht der Schnapsverbrauch von Jahr zu Jahr zurück. Eine völlige Beseitigung aller Schnapsinserate halte ich für undurchführbar, weil solche Anpreisungen vielfach im Rahmen größerer Annoncen mit anderem Inhalt erscheinen. Wie weit die Antialkoholbewegung schon vorgeschritten ist infolge der Aufklärungsarbeit der Arbeiterbewegung beweist die Tatsache, das heute sicher in vielen Fabriken die Arbeiter Milch und Kakao genießen. Noch vor 10 Jahren wäre jeder Arbeiter verspottet worden, der so etwas gewagt hätte. (Sehr wahr!) Ich erinnere auch daran, daß bei jeder Aussperrung, bei jedem Streik im Baugewerbe sofort der Schnapsboykott beschlossen wird und daß auf Verbandstagen der Maurer überhaupt kein Alkohol mehr verabreicht wird.

Löbe-Breslau: Wir brauchen uns auch durch die heutige Rede Davidsohns nicht zur Ungerechtigkeit verleiten lassen und können anerkennen, daß wir der von ihm geleiteten Abstinentenbewegung manche Anregungen zu verdanken haben. Lassen wir uns die große Schnapsboykottbewegung nicht durch solche Einseitigkeiten stören. (Sehr richtig!) Auf jedem unserer Flugblätter sollte den Arbeitern ganz kurz gesagt werden, wie durch ihren Schnapsgenuß den Junkern jährlich 180 Millionen in die Tasche gespielt werden. Immer den Appell an den Verstand und das Pflichtbewußtsein aber keine Verbote, denn mit dem bloßen Verbot erreichen wir nichts. (Sehr richtig!) Es ist eine Frage der Erziehung, die wird nicht durch Beschluß entschieden, sondern durch die Entwicklung. Stimmen Sie dem Antrag Gottschalk zu.

Ein Schlußantrag wird mit großer Mehrheit angenommen.

Davidsohn betont, er habe nur gemeint, die Gewerkschaftspresse habe intensiver für den Branntweinboykott gewirkt als die Parteipresse.

Das Schlußwort erhält

Ebert: Ich muß leider noch kurz auf die Göppinger Angelegenheit zurückkommen, um einige falsche Darstellungen zurückzuweisen. So ist falsch, daß der Parteivorstand nur gewillt gewesen sei, zu sanieren, wenn der Landesvorstand mitmache. Wir haben nur den Beginn der Sanierung von dem Gutachten des Landesvorstandes abhängig gemacht, nachher hätten wir sie auch ohne den Landesvorstand eventuell durchgeführt. Ebenso ist unrichtig, was Kopp an Schepperle berichtet haben soll. Es ist den Göppingern ausdrücklich in der Sitzung vom 7. Juni gesagt worden, daß sie sich ganz unbeeinflußt entscheiden mögen. — Weiter stelle ich fest, daß Westmeyer noch im Juli die Parteipresse vor unsern Erklärungen gewarnt hat. (Hört, hört!) Ein Telegramm, das eine solche Warnung enthält, ist unterzeichnet von Westmeyer. Er behauptet, es sei dabei mit seinem Namen Mißbrauch getrieben. Das ist ja bei den Dingen, wie sie sich dort entwickelt haben, möglich. Die „Leipziger Volkszeitung" scheidet nach der loyalen Erklärung Lentzsch für uns aus. (Sehr richtig!) Henke meinte, wir hätten über Radeks Parteizugehörigkeit die Parteipresse früher unterrichten sollen. Als wir aber am 10. September an die „Bremer Bürgerzeitung" schrieben und die Dinge über Radeks Mitgliedschaft klarstellten, ist die von uns verlangte Richtigstellung dort nicht erfolgt. (Hört, hört!) Henke scheint über die Vorgänge in seiner eigenen Redaktion nicht informiert zu sein oder er läßt einfach Radek schalten und walten. (Hört, hört!) — Daß der Parteivorstand in den Württemberger Streitigkeiten nicht rechtzeitig eingegriffen hätte, muß ich zurückweisen. Aber leider waren all unsere Mahnungen zur Einigung vergeblich. Dann ein Wort zur Frage des polnischen Parteiorgans. Wir haben der P. P. S. seit Jahren die weitestgehende Unterstützung zuteil werden lassen, aber an Erfolgen hat es bei der P. P. S. und der „Gazeta Robotnicza" trotzdem vollständig gefehlt. Seit 1906 sind über 18 000 Mk. Subvention an das Blatt gezahlt worden, die Abonnentenzunahme betrug aber nur 300. Deshalb haben wir die Umwandlung in ein Wochenblatt beschlossen. Ein Schluß auf unsere Haltung zur P. P. S. darf daraus nicht gezogen werden. — Für die Agitation unter den Privatangestellten sind wir auch in Zukunft bereit, das Möglichste zu tun. Diese Anträge bitte ich Sie also, dem Vorstand zur Erwägung zu überweisen. — Zur Wahlrechtsfrage kann ich Ihnen mitteilen, daß die preußische Landeskommission noch im Laufe dieses Monats zusammentreten wird, um die zur Wahlrechtsbewegung erforderlichen Schritte einzuleiten. (Lebhafter Beifall.)

Braun wendet sich kurz gegen die Anträge auf Vereinheitlichung des Verwaltungsmaterials und die Einberufung einer Kreissekretärkonferenz. Wir haben wirklich Konferenzen gerade genug, abgesehen von den Sonderkonferenzen. (Heiterkeit.) Über die Kleinarbeit in der Agitation können sich besser die Wahlkreissekretäre bezirksweise verständigen.

Henke-Bremen (persönlich): Ebert hat geglaubt, einen vernichtenden Schlag gegen mich zu führen, indem er sagte, ich sei über die Vorgänge in der Redaktion der „Bremer Bürgerzeitung" nicht informiert. Ich bin aber seit der Woche vor dem Parteitag nicht in Bremen gewesen. Die Unterstellung, daß Radek in der Redaktion schaltet und waltet, muß ich zurückweisen. Ich bin zwar nicht dazu verpflichtet, will aber mich herablassen (Unruhe) zu erklären, daß ich heute nach Bremen telephoniert habe, es solle von Radek nichts mehr gebracht werden, ehe der Fall Radek völlig erledigt sei. Wir Bremer haben genau so gutes Parteigefühl wie alle anderen Genossen. Wenn man mich in dieser Weise verdächtigt, so reicht das nicht an meine Fußsohlen. (Unruhe) Wenn sich das, was gegen Radek vorgebracht wird, als richtig, bestätigt — vorläufig bestreitet er es — so werden wir mit ihm verfahren, wie mit jedem andern Genossen.

Ebert: Ich wäre zu meinen Ausführungen gegen Henke nicht gekommen, wenn er dem Vorstand nicht vorgeworfen hätte, daß er die Parteigenossen früher über die Nichtparteizugehörigkeit Radeks hätte aufklären sollen. Daß er verreist war in dieser für Bremen so kritischen Zeit, wußte ich nicht. In der Frage der Mitgliedschaft Radeks gibt es nach den Auskünften der betreffenden Organisationen keine Untersuchung mehr.

Henke: Wenn das der Fall ist, daß Radek uns gewissermaßen ange— — (Vielfache Zurufe: angelogen!) hat, so wissen wir das genau so zu bewerten wie andere.

Es wird nun abgestimmt.

Die Anträge zur Agitation unter den Privatangestellten werden dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesen; ebenso der Antrag betr. die Verlegung des Frauentages. Der Antrag auf dreimal wöchentliches Erscheinen der „Gazeta Robotnicza" wird abgelehnt, ebenso die anderen Anträge zur Presse. Der Antrag zur Agitation unter den Taubstummen wird zurückgezogen im Hinblick auf die Erklärung der Genossin Zietz.

Angenommen wird der Antrag auf bessere Ausgestaltung der „Neuen Welt". — Für Jugendpflege werden die Anträge Ebert und Gen. einstimmig angenommen. Einige weitere Anträge zu dieser Materie werden dem Zentralbildungsausschuß überwiesen. Zur Frage des Schnapsboykotts wird der Antrag Gottschalk und Gen. einstimmig angenommen.

Der von Davidsohn begründete Antrag wird gegen eine kleine Minorität abgelehnt.

Schließlich wird dem Parteivorstand einstimmig Decharge erteilt.

Die Lebensmittelteuerung.

Scheidemann: Viele Millionen unserer Volksgenossen sind selbst in den sogenannten guten Zeiten zur Unterernährung gezwungen. Dieser außerordentlich schlimme anormale Zustand wandelt sich seit einer langen Reihe von Jahren regelmäßig im Sommer zu einem direkten Notstande um, der breite Schichten unseres Volkes geradezu zum Hunger zwingt. Wir Sozialdemokraten haben regelmäßig auf unsere klaren Forderungen zur Abstellung dieses Notstandes zwei Antworten bekommen. Erstens sagte man, es handelt sich um eine vorübergehende Erscheinung, zweitens sagte man, diese Teuerung ist eine internationale, in allen Ländern ist sie gleich groß. Man kann darüber im Zweifel sein, ob diejenigen, die von einer vorübergehenden Erscheinung sprechen, das aus Unwissenheit oder aus Dummheit sagen. Richtig ist, daß die Teuerungserscheinung durchaus international ist. Die Ursache liegt in der anarchistischen Form, der kapitalistischen Produktion. Große Völker stehen vor der Frage: Wie wird es möglich sein, das Volk zu ernähren? Wenn so die kapitalistische Produktion die Quelle fortschreitender Verarmung ist, die Verewigung der Sklaverei, so sollte man einer solchen anarchistischen Produktionsweise möglichst schnell ein Ende machen. Nun sind die internationalen Ursachen der Teuerung unabhängig von der deutschen Wirtschaftspolitik. Sie können nicht gehemmt werden durch das Allheilmittel des Liberalismus, den Freihandel. Hier muß es aufs ganze gehen: Beseitigung der kapitalistischen Produktion und Ersetzung durch den Sozialismus. Die Internationalität der Teuerungserscheinung ist der beste Beweis für die Notwendigkeit des Sozialismus. Wenn die Teuerung internationale Ursachen hat, wenn sie eine dauernde Erscheinung ist, welches Verbrechen am deutschen Volke bedeutet dann eine Wirtschaftspolitik, die bewußtermaßen diese Teuerung zu verlängern, zu steigern, zu verewigen sucht. Ich verweise nur auf das geradezu ungeheuerliche System der Ausfuhrscheine. Das deutsche Volk zahlte in einem einzigen Jahre, 1911/12, 125 Millionen Mark Liebesgabe an diejenigen, die den deutschen Markt vom Roggen entblößen, nur um die Preise hochhalten zu können. (Hört, hört!) Diese Politik zu beseitigen, liegt nicht nur im Lebensinteresse der ganzen städtischen Bevölkerung, sondern auch das gesamte Klein- und Mittelbauerntum hat das größte Interesse daran. Die Aufhebung der Kornzölle und Viehzölle ist ein Lebensinteresse der großen Mehrheit des deutschen Volkes überhaupt. (Sehr richtig!) Nun zu dem akuten Notstand, der bei uns jetzt herrscht. Sie alle kennen das Elend wie es seit Monaten wieder durch alle Gassen schleicht. Aber alle wissen es nicht, wie erbärmlich es in der Masse des Volkes zugeht. Nach Zeitungsberichten hat der Kaiser bei einer Versammlung seiner Brandenburgischen Granden in einer Rede gesagt: Wir haben keine Ursache unzufrieden zu sein. (Hört, hört!) In derselben Zeit konnte man lesen, daß Tausende von armen Arbeiterfrauen die ganze Nacht vor den Freibänken standen, wo billiges Fleisch verkauft wurde. Das sind die Mütter der Kinder, die in den Proletariervierteln bis zu 42 vom Hundert im ersten Lebensjahre sterben. (Hört, hört!) Wir wollen uns alle Zeit gerade deshalb mit Wärme und Eifer dieser Frauen des Proletariats aufs eifrigste annehmen. (Beifall.) Wir verlangen die Beseitigung aller Zölle auf Lebensmittel, Fleisch, Futtermittel. Die Öffnung der Grenzen, damit Schlachtvieh herein kann, die Beseitigung der infamen Bestimmungen im § 12 des Schlachtvieh- und Fleischbeschaugesetzes, durch die künstlich ausländisches Fleisch von unseren Grenzen ferngehalten wird. Wir verlangen neben diesen Forderungen an das Reich auch von den Gemeinden, daß sie die kommunale Organisierung des Lebensmittelmarktes überall in die Hand nehmen. Den Arbeitern aber muß, zugerufen werden, daß sie auch die Mittel der Selbsthilfe ausnützen, daß sie sich in diesen kritischen Zeiten den Konsumgenossenschaften anschließen. (Sehr richtig!) Es ist ganz naturgemäß, daß die Arbeiterschaft bemüht sein muß, für die steigenden Lebensmittelpreise einen Ausgleich zu finden, dem Unternehmertum etwas abzuringen, um sich einigermaßen satt essen zu können. Dann setzt jedesmal das Bestreben der Unternehmer ein, die Arbeiterschaft in Fesseln zu schlagen, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu sprengen. Demgegenüber fordern wir, daß das Koalitionsrecht zunächst ausgebaut und zu einem wirklich freien Recht gemacht wird, was es jetzt nicht ist. Seine Sicherstellung fordern wir, gegenüber den frechen Provokationen der Scharfmacher. (Bravo!) Wir verlangen eine Sozialpolitik, die den verelenden Tendenzen entschieden entgegenwirken kann. Gegenüber der Vernachlässigung der Landwirtschaft fordern wir eine weitsichtige landwirtschaftliche Kulturpolitik, die mit staatlicher Unterstützung Ödländereien und Moore melioriert. Wir fordern eine Förderung der Intensität der landwirtschaftlichen Betriebe und eine Beseitigung der Fideikommisse. In Verbindung damit fordern wir die Abschaffung indirekter Steuern, z. B. der Zündholzsteuer. Die Zuckersteuer muß heruntergesetzt werden, Ersatz ist da, durch direkte Steuern aus Vermögen und Erbschaften. Um dieses große Reformprojekt durchführen zu können, muß man den Reichstag nicht zu spät, sondern so schnell wie möglich einberufen. Wir Sozialdemokraten brennen geradezu darauf, positive Arbeit weiter zu leisten, wie bisher. Am 5. September hat der Vorstand unserer Reichstagsfraktion in einem Schreiben an den Reichskanzler die schleunige Einberuf des Reichstags gefordert. In den verflossenen 12 Tagen hat der Reichskanzler aber keine Zeit gefunden, das Schreiben zu beantworten. (Hört, hört!) Er wagt es nicht, den Reichstag einzuberufen, er hat Angst vor den preußischen Junkern. In letzter Linie kommt es ja aber auf die Antwort des Reichskanzlers garnicht an, es wird darauf ankommen, welche Antwort das deutsche Volk geben wird. (Lebhafter Beifall.) Die Regierungen müssen sich klar sein, was es heißt, den Willen des ganzen Volkes zu mißachten. Wenn die Erregung Formen annimmt, und sich so äußert, wie wir alle es nicht wünschen, dann tragen sie die Verantwortung, die jetzt den traurigen Mut haben, den Schrei des Volkes nach Brot einfach zu mißachten. (Lebh. Beifall.) Ich schließe mit der Mahnung an Euch alle, daß Ihr draußen den Massen sagt, warum es ihnen schlecht geht. Denen oben möchte ich sagen: Hört, Ihr seid gewarnt. Not bricht Eisen! Not lehrt aber auch die Arbeiter denken. Das zur Erkenntnis gelangte Volk wird nicht nur wissen, wie es seinen Karren zu fahren hat, es wird auch verstehen, zu siegen. (Stürmischer anhaltender Beifall.)

Auf Antrag Böhle-Straßburg wird von einer Diskussion Abstand genommen. Die nachstehende Resolution zur Teuerungsfrage wird einstimmig angenommen.

Der Parteitag konstatiert, daß der Kapitalismus in der stürmischen Entwickelung der beiden letzten Jahrzehnte zu einer ungeheuren Reichtumsvermehrung der Besitzenden geführt hat, während die arbeitenden Klassen durch die

nehmende Verteuerung ihrer wichtigsten Bedarfsgegenstände an der Erhöhung ihrer Lebenshaltung gehindert worden und in Gefahr geraten sind, der Kampferrungenschaften ihrer gewerkschaftlichen Organisationen beraubt zu werden. Der Parteitag sieht in diesem Gegensatz der Bereicherung der wenigen Kapitalmagnaten und der zunehmenden Massenverarmung den stärksten Beweis für die Unvereinbarkeit der kapitalistischen Produktionsweise mit den Interessen der arbeitenden Klassen und für die Notwendigkeit des Sozialismus, d. h. für die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion.

Der Parteitag erkennt in der herrschenden Schutzzollpolitik Deutschlands die Ursache der unerträglichen Verschärfung der Teuerung. Er fordert die Beseitigung dieser Wirtschaftspolitik, deren Zweck nur die ungeheuerliche Steigerung der Beute der Großkapitalisten, Großgrundbesitzer und Spekulanten, die treibhausmäßige Förderung der Kartelle und Ringe und die Erhöhung ihrer Monopolprofite bildet. Der Parteitag fordert daher eine gründliche Reform unseres Steuersystems mit dem Ziel der Beseitigung aller indirekten Steuern auf die Verbrauchsartikel der Massen und ihre Ersetzung durch direkte Vermögens-, Einkommens- und Erbschaftssteuern.

Der Parteitag fordert die Beseitigung des Systems der Einfuhrscheine, die Aufhebung aller Lebensmittelzölle und der Zölle auf Futtermittel, die den Großgrundbesitz auf Kosten der städtischen und der bäuerlichen Bevölkerung begünstigen.

Er fordert insbesondere zur Abhilfe der Fleischnot die sofortige Aufhebung der Vieh- und Fleischzölle, die Öffnung der Grenzen für Vieh und Fleisch unter Beachtung unerläßlicher gesundheitlicher Überwachungsmaßregeln und der entsprechenden Abänderungen des Gesetzes betreffend die Schlachtvieh- und Fleischbeschau, um die Einfuhr von frischem und zubereitetem Fleisch, insbesondere auch von Gefrierfleisch dauernd zu ermöglichen.

Dieselben Junker und Scharfmacher, welche die Aushungerung des Volkes durch ihre Zollwucherpolitik verschulden, wollen nun dessen Widerstand brechen, indem sie das ohnehin schon ungenügende Koalitionsrecht völlig erdrosseln. Der Parteitag protestiert gegen diese infame Vergewaltigung der Arbeiter und fordert vielmehr die Ausgestaltung und Sicherung der Koalitionsfreiheit.

Der Parteitag erklärt die sofortige Einberufung des Reichstages für unerläßlich und fordert die arbeitende Klasse auf, den Kampf gegen das herrschende Ausplünderungssystem auch im Hinblick auf die Neugestaltung der gesamten deutschen Handelspolitik und die gemeingefährliche Untätigkeit der kapitalistischen Klassenregierung gegenüber dem schreienden Notstand der Massen mit aller Wucht fortzuführen.

Es folgt der Bericht der Mandatprüfungskommission.

Blume-Hamburg: Es sind 527 Teilnehmer am Parteitage vorhanden. Von diesen sind 409 Delegierte, 77 Reichstagsmitglieder, 11 Mitglieder des Parteivorstandes, 9 der Kontrollkommission, eine Genossin vom Frauenbureau, ein Genosse von der Firma Auer u. Co., vom Vorstande geladen, ein Genosse vom „Vorwärts". Weiter ist geladen ein Sachverständiger des Parteivorstandes. Außerdem sind 17 ausländische Genossen als Gäste anwesend.

Wahlproteste liegen 3 vor. In einem Protest aus dem 6. Schleswig-Holsteinischen Kreise wird dem Genossen Kirch vorgeworfen, er habe als Ortsvorsitzender in Ottensen die Wahl dadurch beeinflußt, daß er aufgefordert habe, auch für andere Kandidaten zu stimmen, als solche von Ottensen. Die Kommission ist der Ansicht, daß jeder Genosse das Recht hat, ihm geeignet erscheinende Kandidaten zu empfehlen. (Der Parteitag stimmt dem zu.) — Ein weiterer Protest richtet sich gegen das Mandat von Theurear in Köthen. Sein Gegenkandidat Hoffmann war vor der Stichwahl zurückgetreten. Die Kommission hat den Protest als begründet erachtet.

Günther-Bernburg: Es handelt sich lediglich um einen Formfehler. Hoffmann war nur zurückgetreten, um die Stichwahl überflüssig zu machen.

Der Parteitag erklärt das Mandat Theurears für giltig.

Blume-Hamburg: Ferner liegt ein Protest aus Augsburg vor, dort hat der Kreisvorstand an Stelle Rollwagens, der vom Bayerischen Landtag nicht abkömmlich war, ohne weitere Wahl einfach Buchwieser mit dem Mandat betraut. Wir beantragen daher die Wahl Buchwieser für ungültig zu erklären.

Der Parteitag schließt sich diesem Antrage an.

Es folgt der Bericht der Reorganisationskommission.

Berichterstatter Müller: Diese Beschlüsse dritter Lesung sind von der Kommission einstimmig gefaßt worden, abgesehen von dem Beschluß über die Vertretung der Reichstagsfraktion. Um diese Einmütigkeit zu erzielen, sind natürlich verschiedene Bedenken und Wünsche auf allen Seiten zurückgestellt worden, weil Änderungen in der Verfassung der Partei nur dann Wert haben, wenn sie einmütig oder mit übergroßer Mehrheit beschlossen werden. Von einer Erhöhung der Mindestbeiträge haben wir mit Rücksicht auf die außerordentlichen Teuerungsverhältnisse abgesehen. In der Vertretung der Organisationen auf dem Parteitag ist die bisherige Ungerechtigkeit gegenüber den großen Orten beseitigt. In der Frage der Vertretung der Reichstagsfraktion hat die Kommission an ihren ersten Beschlüssen festgehalten. Wenn sie ganz vertreten sein sollte, könnte das mit demselben Recht auch von den Landtagsabgeordneten gefordert werden. Das Wichtigste sind die Bestimmungen über den Parteiausschuß. Es sind jetzt alle Bezirke im Parteiausschuß vertreten. Der Parteiausschuß gibt sein Gutachten dem Parteivorstand ab und der Parteivorstand allein trägt die Verantwortung. Der Ausschuß muß mindestens alle Vierteljahre zusammentreten. In besonderen Situationen kann er auch, wenn der Parteivorstand es nicht will, einberufen werden, wenn 15 Landes- bezw. Bezirksvorstände es wünschen. In Differenzen zwischen dem Ausschuß und dem Parteivorstande entscheidet der Parteitag, evtl. in wichtigen Dingen ein außerordentlicher Parteitag. Doch wird dieser Fall hoffentlich nicht vorkommen. Wir halten die neuen Beschlüsse der Kommission für einen wesentlichen Fortschritt. Die Rechte des Parteivorstandes werden dadurch etwas eingeschränkt, aber der Parteivorstand hat das selbst gewünscht, um eine bessere Fühlung mit dem Lande herbeizuführen. Natürlich hat der Parteitag in allen wichtigen Fragen auch in Zukunft das letzte Wort. Der Parteiausschuß wird nicht alle Streitigkeiten in Zukunft vermeiden können, aber er wird dazu beitragen, daß sie in der Form kameradschaftlicher ausgetragen werden. Vor allem soll er dazu dienen, im Kampf gegen unsere Gegner unsere Kampfesgemeinschaft zu verbessern. Wir empfehlen Ihnen das Werk, das die Kommission nach langen Debatten und heißen Bemühungen zustande gebracht hat, en bloc anzunehmen, zum Nutzen der gesamten sozialdemokratischen Bewegung. (Lebhaft anhaltender Beifall.)

Die weiteren Verhandlungen werden auf Mittwoch vertagt. — Schluß 6¼ Uhr.

Am Mittwoch wurde nach längerer Debatte der abgeänderte Vorschlag der Reorganisationskommission gegen wenige Stimmen angenommen. Derselbe sieht vor, daß der Parteiausschuß aus je einem Genossen, der aus den Bezirks- oder Landesvorständen zu wählen ist, zusammengesetzt werden soll. Dieser Ausschuß hat nur begutachtende Stimme. Die Reichstagsfraktion kann vollzählig am Parteitag teilnehmen, und zwar mit beschließender Stimme. — Sodann referierte Scheidemann über die Reichstagswahlen, hierbei das Stichwahlabkommen verteidigend. Nachdem mehrere Redner gegen dasselbe und gegen die Dämpfung gesprochen hatten, trat Vertagung ein.

Gewerkschaftsbewegung.

Vom „Armeekorps der Kohle". In die Chronik der Bergarbeiter wird das Jahr 1912 als ein Unglücksjahr eingezeichnet werden müssen. Not und Ungemach traf die deutschen Bergleute, Schlag auf Schlag. Zuerst die Niederwerfung ihres Streiks im Frühjahr durch den Verrat der eigenen Arbeitskollegen. Darauf folgten die Schreckensurteile der Justiz gegen viele hundert Bergleute und ihre Frauen, dann der Racheakt der Werksherren, die den Niedergezwungenen fast 5 Millionen Mark verdienten Lohnes als Strafe für „Kontraktbruch" abzogen. Jetzt die kolossale Verteuerung der Lebensmittel, die in den übervölkerten Bergrevieren Hunderttausende zu herber Entbehrung verurteilt. Und zu all diesem Unglück kommen dann noch die unaufhörlichen großen Grubenunfälle. Der Tod hat es dieses Jahr ganz besonders auf die Bergleute abgesehen. Ein Massengrab wölbt sich neben dem anderen, in Sektionen und ganzen Zügen werden die Soldaten des „Armeekorps der Kohle" dahingerafft. Osterfeld, Neumühl, Lothringen, Alma, Segen Gottes, Westende, und jetzt noch Auguste Viktoria sind die Marksteine auf dem „Felde der Ehre", auf dem in den letzten drei Monaten ganzen 200 Bergarbeiter fielen. Wollte man die tödlichen Einzelunfälle hinzurechnen, dann könnten wohl 500 getötete Bergleute seit 3 Monaten gezählt werden. Zu dieser Ziffer kommt man bei einer Betrachtung des amtlichen Berichts über die Unfälle im deutschen Bergbau während des vorigen Jahres. Massenunfälle waren 1911 nicht zu verzeichnen, abgesehen von dem Seilbruch auf Zeche Hannibal bei Bochum, der drei Tote und eine größere Anzahl Verletzte als Opfer forderte und einem größeren Unfall auf der schlesischen Erzgrube „Bergfreiheit". Doch die Zahl der einzelnen Unfälle des Vorjahres ist erschreckend hoch. Sie gibt folgendes Bild:

	Im ganzen Jahre 1911	Durchschnittlich pro Woche
Angemeldete Unfälle	114 669	2205,16
Entschädigungspflicht. Unfälle	12 213	234,86
Tötliche Unfälle	1 689	32,48

Ein furchtbares Schlachtfeld, dieses „Feld der Ehre", wie der deutsche Kaiser den Bergbau anläßlich des Unglücks auf Lothringen genannt hat. Jede Woche 32 tote und 200 verkrüppelte Bergleute, von denen sonst nicht weiter Notiz genommen wird. Von der Gefährlichkeit des Bergarbeiterberufs ist nur dann einmal die Rede, wenn der Tod sich plötzlich zu reiche Ernte holt. Die Aussicht, daß infolge der vielen Massenunfälle in diesem Jahre die Blutwelle im Bergbau noch höher steigen wird als 1911, müßte doch auch den verhärtesten kapitalistischen Gemütern verbesserten Bergarbeiterschutz als nötig erscheinen lassen. Leider ist diese Annahme trügerisch. Obwohl der Profit des Grubenkapitals in diesem Jahre eine gewaltige Steigerung erfährt, denken die Werksherren nicht daran, dem „Armeekorps der Kohle" den verlangten Schutz für Leben und Gesundheit zu gewähren. Die Bergarbeiter werden diesen Schutz erst bekommen, wenn sie in sich selbst so geeint und gefestigt sind, daß sie in ihrer eigenen Sache mitzureden haben.

Aus Nah und Fern.

Ein Dachstuhl zusammengebrochen. In Mahlsdorf bei Berlin ist in der Florastraße der Dachstuhl eines Neubaues plötzlich zusammengebrochen und hat eine Anzahl Arbeiter und Zimmerleute begraben. Der Arbeiter Zimens ist sofort getötet worden, zwei Arbeiter wurden schwer, einige weitere leicht verletzt. Wie es heißt, soll der Sturmwind den Einsturz verursacht haben.

Eine Glanzleistung der reaktionären Bureaukratie. Im Kreise Wittenberg (Provinz Sachsen) haben dieser Tage zwei Dokumente das Licht der Welt erblickt, die die hochnäsige und bornierte Art illustrieren, mit der Junkertum und Bureaukratie noch immer in Preußen das arbeitende Volk glauben behandeln zu können. In Kemberg wurde dem Gewerkschaftskartell von dem Bürgermeister ein Gewerkschaftsfestzug verboten mit der Begründung, daß die „öffentliche Sicherheit" insofern gefährdet sein würde,

„als die beteiligten Kinder, da sie bei entstehenden Reibereien oder Schlägereien am meisten zu leiden haben werden, erfahrungsgemäß (!) in kopfloser Verwirrung sich und andere, auch eventuell die Zuschauer an der Gesundheit schädigen. Im übrigen wird der geplante Umzug, dessen besondere Berechtigung nicht anerkannt wird, durch Verschärfung der Parteigegensätze die Gemüter erhitzen, was die öffentliche Sicherheit gefährden dürfte."

Wurde diese Verbotsbegründung damals mit Recht eine Beleidigung der Arbeiterschaft genannt, so bleibt sie doch ein sanfter Backenstreich gegenüber den Faustschlägen, die der Landrat von Trotha-Wittenberg, bei dem Beschwerde eingelegt war, der Arbeiterschaft in seinem Antwortschreiben versetzt.

Der Herr schreibt nämlich:

auf die Beschwerde vom 14. August eröffne ich Ihnen, daß nach den angestellten Ermittlungen der öffentliche Aufzug, für den Sie die Genehmigung der Polizeiverwaltung in Kemberg nachgesucht hatten, einer sozialdemokratischen Demonstration dienen sollte.

Die Polizeiverwaltung hat befürchtet, daß es aus Anlaß dieser Demonstration zu Schlägereien kommen könnte, in solchen mit Recht eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit erblickt und diese Gefährdung für um so schwerwiegender gehalten, als an dem Aufzuge auch Kinder teilnehmen sollten, für welche die bezeichneten Unzuträglichkeiten in besonderem Maße eine Gefahr bedeutet haben würden. Sie hat deshalb den Aufzug verboten. Es ist dies nur zu billigen; denn Demonstrationen, wie die in Rede stehende, bezwecken stets die Förderung der verbrecherischen, auf den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung, auf die Beseitigung des Königtums und die Wehrlosmachung des Vaterlandes gerichteten Bestrebungen der Sozialdemokratie. Es muß deshalb auch mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß sie infolge der berechtigten, tiefen Erbitterung, die sie bei dem ehrenhaften, königstreu und patriotisch gesinnten, durch sie dreist herausgeforderten und verhöhnten Teil der Bevölkerung hervorrufen müssen, zu Streitigkeiten zwischen dieser und den sozialdemokratischen Elementen führen, welche den öffentlichen Frieden in der von der Polizeiverwaltung befürchteten Weise stören. Ich weise Ihre Beschwerde daher zurück. gez. v. Trotha.

Ein Kommentar würde diesem echt borussisch-junkerlichen Ukas die Wirkung nehmen. Wir wollen nur noch feststellen, daß in der Stadt Wittenberg, dem Wohnort dieses „Königlichen" Landrates, seit Jahren die Gewerkschaften ihren Umzug mit Erlaubnis der etwas liberalen städtischen Polizei unternehmen. Natürlich ist es dabei stets friedlich und ruhig hergegangen. Das weiß der Herr Landrat aus dem Geschlechte derer von Trotha auch; aber in seinem landrätlichen Allmachtsbewußtsein hält er es für seine Pflicht, die Arbeiterschaft zu brüskieren.

Vier Bergleute getötet. Am Mittwoch früh sind in dem Schacht 4 des Salzbergwerkes Neu-Staßfurt durch eine Pulverexplosion vier Bergleute getötet worden.

Über Bord gespült. Am Dienstag wurden von dem an den Manövern teilnehmenden Torpedoboot „S 119" bei der schweren See vier Mann über Bord gespült. Es gelang, drei Mann zu retten, während der vierte, der Torpedooberheizer Bude, ertrunken ist.

Ein Bootsunglück auf dem Michigan-See ereignete sich am letzten Sonntag. Dabei verloren elf Marinezöglinge ihr Leben. Ein Kutter, in dem 25 angehende Seeleute sich befanden, schlug mitten auf dem See angesichts einer zahlreichen Menschenmenge um, die nicht imstande war, den verunglückten jungen Leuten zur Hilfe zu kommen. Nur drei von den jungen Leuten, die zwischen 16 und 25 Jahre alt waren, konnten schwimmen, einige aber, denen es gelang an Land zu kommen, starben dort. Der Oberkanonier Neguß, der den Kutter befehligte, machte die größten Anstrengungen, seine Zöglinge zu retten. Ein Motorboot der amerikanischen Marine eilte zur Unglücksstelle, konnte aber nur noch die Leichen der Ertrunkenen bergen. Verschiedene der Kadetten retteten sich, indem sie sich an den Rudern und dem umgestürzten Boote festklammerten und so schließlich an Land getrieben wurden. Alle nur erdenklichen Wiederbelebungsversuche wurden angestellt. Allem Anschein nach ist, kurz nachdem der Kutter die Küste verlassen hatte, ein heftiger Sturmwind entstanden. Die Hälfte der Knaben wurden seekrank, und dem Führer gelang es nicht, das Boot wieder in den Hafen zu bringen. Nur ein paar hundert Meter von der Küste entfernt stieß das Boot gegen eine Sandbank und stürzte um, und die Insassen wurden infolge des hohen Wellenganges fortgeschwemmt.

Keine Rettung mehr. Wie die Verwaltung der Zeche Auguste Viktoria in Bochum mitteilt ist nicht mehr damit zu rechnen, daß die verschütteten Bergleute zurage gebracht werden. Eine große Menge niedergehenden Gesteins hindert noch die Rettungsarbeiten. Die Rettungsmannschaften waren am Dienstag abend 70 Stunden in Tätigkeit.

Erpresserdrama in Würzburg. Der Notariatsschreiber Franz Halbleib und die Maschinisten Halbleib und Kraus schrieben, wie man dem „Berliner Tageblatt" meldet, an den königlichen Bezirksamtmann Senn in Bad Brückenau einen Erpresserbrief. Sie drohten mit Veröffentlichung von Beziehungen zwischen dem Bezirksamtmann und einer verheirateten Frau, wenn ihnen nicht 6000 Mk. an einem näher bezeichneten Platz hinterlegt würden. Der Bezirksamtmann begab sich mit einem Kriminalschutzmann und einem Polizeihund pünktlich an den Ort und erwischte die Erpresser. Sie wehrten sich mit Revolverschüssen und trafen den Bezirksamtmann, wurden aber bis auf Kraus, der entfloh, überwältigt. Wenige Stunden später schoß sich die Gattin des königlichen Notars Grimm in Brückenau in die Brust und verletzte sich schwer. Ob und inwieweit beide Vorgänge im Zusammenhang stehen, ist nicht festgestellt.

Räuberischer Überfall im Zug. In dem Abteil eines D-Zuges wurde auf der Strecke Diedenhofen-Völklingen ein Passagier überfallen, durch Messerstiche tödlich verletzt und beraubt. Vor der Station Busendorf wurde die Notleine gezogen. Als der Zug langsamer fuhr, sprangen drei Männer heraus und flüchteten. Der überfallene wurde als Leiche aufgefunden. Einer der Täter konnte festgenommen werden. Es ist der Bruder des Ermordeten, der den geplanten Raubmord bereits eingestand.

Beim Segeln ertrunken. Aus Saßnitz wird telegraphiert: Der 20jährige Schlosser Sond und der 12jährige Sohn des Maurers Cartheus unternahmen auf dem Selliner See eine Segelpartie, um nach der Insel Vilm zu fahren. Beide waren des Segelns nur mangelhaft kundig; das Boot kippte um und beide ertranken.

Schlechte Stieftochter. Gestern mittag schoß die 38jährige ledige Anna Grave nach einem kurzen Wortwechsel auf ihre Stiefmutter, die Portiersfrau Grave in der Sebastianstraße in Berlin. Die Kugel ging fehl. Darauf schoß sich die Attentäterin selbst eine Kugel in den Mund. Sie wurde sterbend in die Charitee gebracht.

Wolkenbruch. Aus Algier wird gemeldet: In Dekla bei Laghuat ist infolge eines Wolkenbruchs eine Araberfamilie, aus 9 Personen bestehend, ertrunken.

Feuer im irischen Expreßzug. Ein Wagen dritter Klasse des irischen Expreßzuges, der von Holyhead nach dem Eustonbahnhof in London fährt, fing heute in der Nähe von Colwynbai in Wales Feuer und wurde fast vollständig zerstört. Fast der ganze Wagen war mit Schuljungen besetzt, die aus den Ferien aus Irland kamen. Sie zogen, als sie entdeckten, daß aus dem Abort des Wagens Rauch drang, sofort die Notleine, bevor aber der Zug zum Stehen kam, sprang einer der Jungen aus dem brennenden Wagen und zog sich erhebliche Verletzungen am Schädel zu. Fünf andere Knaben wurden gleichfalls verletzt. Eine spätere Meldung besagt, daß die Jungen während der Fahrt mit Schwefel gespielt haben.

Eisenbahnunglück. Aus London wird gemeldet: Bei Ditten in Lancesshire hat sich ein Eisenbahnunglück ereignet, bei dem vierzehn Personen getötet und 50 sehr schwer verletzt wurden. Das Eisenunglück bei Ditten betraf den Expreßzug Chester-Liverpool. Die Maschine entgleiste und stieß gegen eine Brücke. Sieben Wagen entgleisten gleichfalls und fingen Feuer. Die Insassen verbrannten allesamt. Der Heizer wurde nach mehrstündiger Arbeit schwer verwundet unter der Maschine hervorgezogen. Die Rettungsmannschaften arbeiteten unter großen Schwierigkeiten, da die Flammen sie immer wieder zurücktrieben.

Schiffsnachrichten.

D. „Gauthiod" ging gestern morgen 7 Uhr von Kalmar nach hier ab.

D. „Afrika" kam gestern morgen in Wyborg an.

D. „Ostsee" ist gestern vormittag in Furillen eingetroffen.

D. „Lulea" ist gestern vormittag von Lulea nach Stettin abgegangen.

D. „Afrika" kam Mittwoch morgen in Wyborg an.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.